

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 9 2004

Keine Verschleuderung des Bürgerrechts!

Démocrate  Suisse
Pages 13–15



*Bernhard Hess,
Nationalrat
und
SD-General-
sekretär, Bern*

Am 26. September 2004 müssen die Schweizer Stimmberechtigten einmal mehr zu Vorlagen, welche eine Verwässerung der Einbürgerungsvorschriften vorsehen, an der Urne befinden.

Worum geht es?

Mit zwei Vorlagen soll einerseits die Einbürgerung von ausländischen Jugendlichen der sogenannten zweiten Generation noch einmal erleichtert werden. Dieses Ansinnen wurde bereits 1983 und 1994 an der Urne abgelehnt. Zudem sollen Ausländer der sogenannten dritten Generation automatisch den Schweizer Pass bei Geburt geschenkt bekommen. Beide Vorschläge gehen zu weit und sind zu bekämpfen.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Das Ziel der Befürworter ist klar: Die Zahl der Einbürgerungen in der Schweiz soll massiv gesteigert werden, damit der Ausländeranteil in unserem kleinen, über-völkerten Land – mindestens in den Statistiken – gesenkt werden kann. Dies ist mehr als eine kosmetische Änderung in der Bundesverfassung. Die wirklichen Ausländer-Probleme werden dabei nicht einmal ansatzweise gelöst, sondern höchstens vertuscht

und übertüncht. Wir meinen: Die Problematik der Einwanderung – neu meist aus ganz fremden Kulturen – muss mit einem schärferen Ausländer- und Asylgesetz angegangen werden. Ein Einbürgerungsrecht mit nur noch offenen Türen bietet keine Lösungsansätze ...

Unehrllich

Die Definition der «zweiten und dritten Ausländergeneration» beinhaltet nichts anderes als eine Mogelpackung. So sind bei der zweiten Generation nicht etwa ausländische Staatsangehörige gemeint, sondern alle Ausländer, die wenigstens fünf Jahre ihrer obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben. Noch krasser verhält es sich bei der «dritten Generation». Per Definition des Bundesrates und einer klaren Mehrheit des Parlaments sind es nicht etwa jene Ausländer, die bei uns geboren, hier aufgewachsen und zur Schule gegangen sind. Nein, grosszünftig werden als die dritte Ausländergeneration bereits jene Kinder, bei denen wenigstens ein Elternteil nur gerade fünf Schuljahre in der Schweiz absolviert hat, bezeichnet.

Beispiel gefällig?

Welche Konsequenzen hat nun diese Neu-Definition? Gehen wir einmal davon aus, dass ein Junge aus Albanien mit elf Jahren in die Schweiz einreist und bei uns noch fünf Jahre eine Schule besucht. Mit 18 wird er erleichtert eingebürgert, denn er gilt nach fünf Schuljahren bereits als zweite Generation. Ein Jahr später wird er auf Grund familiärer Abmachungen mit einer jungen Frau aus seinem ehemaligen Heimatland verheiratet, die zuvor keinen einzigen Tag in der Schweiz gelebt hat. Bald sind Kinder unterwegs, die gemäss Definition des Bundes bereits «dritte Generation» sind. Kinder, denen der Schweizer Pass bereits in die Wiege gelegt wird. So spielt es auch keine Rolle, ob die Frau eine Landessprache beherrscht und integriert ist.

Nein zu Masseneinbürgerungen

Seit sich das Bundesgericht willkürlich in Einbürgerungsentscheide der Gemeinden einmischt, nimmt die Einbürgerungspraxis chaotische Züge an. In fast allen Kantonen mischen sich Regierungsräte und Funktionäre dreist – ohne jede Verfassungsgrundlage – in die Einbürgerungskompetenz der Gemeinden ein. Deshalb unterstützen wir die Initiative «für demokratische Einbürgerungen» tatkräftig und legen dieser Ausgabe einen Bogen bei.

Vorerst gilt es aber am 26. September die beiden Vorlagen, welche ein gigantisches Ausmass an Einbürgerungen zur Folge hätten, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Auf Seite 16 bieten wir ein Flugblatt an, das Sie auch in grösserer Stückzahl bestellen können. Leider sind wir auch auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Diesmal fliesst Ihre Spende direkt in unseren einsamen Kampf gegen die Masseneinbürgerungen. Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Parteileitung

Verschärfung im Ausland

Während unser Land die automatische Einbürgerung von jungen Ausländern einführen will, hat beispielsweise Irland sein Bürgerrecht soeben erst verschärft. In einer Volksabstimmung sprachen sich vor einigen Wochen achtzig Prozent der Iren dafür aus, die Verfassung zu ändern und die automatische Erteilung des Bürgerrechts aufzuheben. Es gehe darum, Missbräuchen einen Riegel zu schieben und sich gegen «Bürgerrechts-Tourismus» zu wehren. Solche Überlegungen und Argumente gelten auch für uns. Die anderen europäischen Staaten kennen übrigens auch keinen Automatismus bezüglich Bürgerrechtserteilung. Ganz zu schweigen von den Ländern der Dritten Welt, wo eine Einbürgerung, welche Form auch immer, beinahe gänzlich ausgeschlossen ist.

Ein Denkmal für Alt-Bundesrätin Metzler?

Die beiden Einbürgerungsvorlagen sind noch unter der Federführung von alt Bundesrätin Ruth Metzler entstanden und stehen zudem unter dem Einfluss des EU-Rechts: So wollte Frau Metzler auch den Weg zum Beitritt der Schweiz zur «Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention» ebnen. Demnach ist

Merke: Mit Masseneinbürgerungen soll der Ausländeranteil massiv gesenkt und unser Land für Einwanderer noch attraktiver gemacht werden.

klar: Diese beiden Vorlagen entsprechen in keiner Art und Weise unserem schweizerischen Demokratieverständnis. Deshalb ist ein doppeltes Nein zu den beiden Vorlagen zur erleichterten, bzw. automatischen Einbürgerung zwingend!

Weniger Überfremdung, mehr Sicherheit!
Basler Wahlen vom 24. Oktober

Inhalt

- 2 1.-August-Rede
- 4 Nein zur Verschleuderung des Bürgerrechts
- 4 Euro 2004: Schweizer und «Schweizer»
- 5 Importierte Drogenkriminalität
- 6 Tell, Pyjama-Party
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

1.-August-Rede



Jean-Jacques
Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

Liebe Mitbürgerinnen und Eidgenossen, liebe Gäste

Auch ich möchte Sie alle zu unserer Nationalfeier der Schweizer Demokraten herzlich begrüssen. Heute feiern wir den 713. Geburtstag unserer Eidgenossenschaft, und wir sollten uns darüber freuen; freuen wir uns, dass wir in einer staatlichen Gemeinschaft leben dürfen, die ihre Unabhängigkeit weit gehend noch bewahren konnte, und freuen wir uns, dass wir noch viele Fragen mit Mehrheitsentscheiden an der Urne – oder neuerdings auch per Post – entscheiden dürfen. Erstes Gebot ist es also, uns einmal zu freuen! Unsere Freude soll die Liebe zu unserem Land und zu unserem Volk ausdrücken. Es ist nicht nur Patriotismus, also Liebe zum Vaterland, es soll auch Liebe zu unserem Muttervolk, zur eigenen Nation sein. Liebe zum Land ist nur eine Sache, liebe zu Volk aber ist Liebe zu Menschen. Gerade auch im Lichte unserer Wurzeln im Christentum ist diese Liebe deshalb höher zu werten als blosser Patriotismus. Ich weiss, wir haben heute eine Feier, die nationale Feier, und es ist unüblich, anlässlich von Feiern auch Probleme anzusprechen. Wir sollten uns einfach freuen über das Gute im Land. Aber gerade auch die Liebe zum eigenen Volk und Land verbietet es, deren Probleme zu übersehen, zumal diese so beschaffen sind, dass sie die Weiterexistenz der Schweiz auf längere Sicht bedrohen!

Dass die Schweiz auch Probleme hat, wer würde es bezweifeln. Aber welches Land hat keine? Nicht dieses ist unser grösstes Problem, sondern dass die offizielle Politik, Bundesrat und Bundesratsparteien, ihnen völlig ergebene Medien und auch die internationalistisch gewordenen Wirtschaftsführer keine ehrliche Auslegeordnung der Probleme vornehmen. Sie verbrämen mit verlogenen Schlagworten ideologisch alles in einem unrealistischen Hickhack zwischen einer sogenannten Linken und einer sogenannten Rechten! Beide sind allerdings Internationalisten und

Globalisten, die einen als sozialistische Regulierungsgläubige und kryptomarxistische Grüne, die andern als neoliberale Staatsauflöser. Ich kann mich noch daran erinnern, als in der Schweiz Querdenkern eine hohe Wertschätzung entgegengebracht wurde. Das ist vorbei. Die meisten Medien sind extrem gouvernemental geworden, und es herrscht nur noch ein öder, aggressiver geistiger Konformismus. Der erneut medial hoch gepuschte angebliche Kampf einer Rechten gegen eine Linke ist bezogen auf die modernen Probleme, aber veraltet und im übertragenen Sinne eigentlich ein Schattenboxen, das nur inszeniert wird, um von den echten Schwierigkeiten, unter welchen unser Land leidet, abzulenken. Denn diese sind politisch unbequem!

Demografieproblem?

Ein solches verlogenes Schlagwort aus der aktuellen Politik ist das sogenannte «Demografieproblem». Wird zufälligerweise einmal hinterfragt, was denn damit gemeint sei, so erhält man meist die verlegene Antwort, die Menschen würden in der Schweiz immer älter. Dabei ist das gar nicht die richtige Antwort. Dass die Menschen immer älter werden, ist nämlich nichts Neues. Seit Urzeiten bis in die Moderne ist das schon immer so gewesen, weltweit! Aber etwas anderes ist ein echtes Problem: Die Einwanderungswelle der Fünfziger- und Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts hat einen Berg von älteren Jahrgängern erzeugt, der nun kurz vor der Pensionierung steht und die Altersversorgung bedroht. Diese Dinge werden aber kaum je erwähnt! Das meine ich mit Unehrlichkeit bei der politischen Auslegeordnung der Probleme der Schweiz! Ich sehe für unser Land fünf Hauptpunkte: zwei grössere, drei kleinere. Die sogenannte «Wachstumsschwäche» ist nicht dabei! Ich beurteile die vor allem von Ökonomie-Professoren entfesselten diesbezüglichen Ängste als reine Massenhysterie.

Beginnen wir mit den kleinen: es sind dies die Versicherung gegen Krankheit und Invalidität, die zunehmende Durchseuchung unserer Jugend mit Rauschgiften und die Verdrängung unserer Landessprachen durch das Englische. Wir müssen uns nicht wundern, wenn unsere Krankenkassenprämien immer teurer werden, wenn man zum Beispiel erfährt, dass Männer

sich chirurgisch und medikamentös zu Frauen umbauen lassen, und das auf Kosten der Krankenkassen! Das ist nur ein Beispiel, es gibt andere! Das sogenannte Drogenproblem ist kein Problem der Gesetzgebung, sondern des Vollzugs. Geltende Gesetze sind endlich anzuwenden, und die dazu nötigen Mittel sind bereit zu stellen! Das käme immer noch viel billiger als die Folgen des Problems. Der Verlust der Muttersprache ist der Verlust eines Stückes Heimat, und zwar eines sehr wichtigen Stückes. Wer daran zweifelt, soll sich einmal überlegen, wie in unserer Öffentlichkeit praktisch nur noch englischsprachige Gesänge dargeboten werden und unsere Jugend deshalb auch kaum noch etwas anderes singt! Englisch ist eine Allerweltssprache. Nur die Muttersprache kann das warme Gefühl von Heimat vermitteln!

Zuwanderung trotz Rezession

Wir kommen zu den grösseren Problemen. Das eine ist inzwischen über hundert Jahre alt und war schon immer zentrales Anliegen unserer Partei: die andauernde Masseneinwanderung in unser Land, und zwar nicht etwa nur von Asylbewerbern, die nur eine Minderheit sind, sondern von ganz gewöhnlichen Fremdarbeitern und Stellensuchenden! Und unsere Partei, damals noch als Nationale Aktion, war in ihrer Kernkompetenz früher sehr erfolgreich: in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts betrug das Bevölkerungswachstum – zur Hauptsache durch Einwanderung – noch 15 Prozent. Es verminderte sich in den Siebziger auf ein einziges Prozentchen. In den Achtzigern stieg es allerdings bereits wieder auf 8 Prozent, um in den Neunzigern noch höher zu klettern, und das trotz Wirtschaftszession!

Die andauernde Masseneinwanderung führt nicht etwa bloss zum Problem der Überfremdung sämtlicher Bereiche. Dieses liesse sich durch den Prozess der kulturellen Assimilation noch entschärfen, wenigstens teilweise. Es ist auch eine Frage der Bevölkerungsdichte! Und die ist weit gehend unumkehrbar! Die Dichte der Bevölkerung im Schweizer Mittelland ist weltweit eine der höchsten, nämlich die zweidichteste hinter Bangladesch! Eine riesige gesichtslose, kosmopolitische Grosstadt ohne Vermittlung von Heimatgefühlen und Möglichkeit politischer Eigenständigkeit ist im Entstehen begriffen. Wenn wir die auf dem nordamerikanischen Kontinent üblichen Kriterien anwenden, ha-

ben wir bereits heute eine Megalopolis, die fast ohne grüne Zwischenräume von Chancy im Kanton Genf bis St. Margrethen im Kanton St. Gallen reicht.

Die unaufhörlich wachsende Bevölkerung bildet eine Bedrohung für unsere Umwelt und natürlichen Lebensgrundlagen, unsere Landschaft, das einheimische Wildleben, aber auch das Überleben einer Schweizer Bauernsamen. Auch die industrialisierte Nutztierhaltung gehört in diesen Zusammenhang. Sie führt gewissermassen zu einer Übervölkerung mit Nutztieren, die durch ihre Ausscheidungen die Sauberkeit insbesondere auch der Gewässer bedroht. Es gibt also durchaus einen Zusammenhang zwischen Tierschutz und Umweltschutz, nicht nur wegen der Gentechnologie.

Kommt hinzu, dass fast alle politischen Parteien sich zwar zum Umweltschutz bekennen. Sie verstehen ihn aber ausschliesslich technokratisch. Echter Schutz der Umwelt, unserer wichtigsten Lebensgrundlage, ist aber keine Frage vor allem des technischen Einsatzes und damit von Geld, sondern eine der Vorbeugung! Übergrosse Belastungen durch konzentrierte Menschenmassen, aber auch Industrien sollten vermieden werden.

Letztlich kommt es auch zu einem ganz banalen Raummangel und Platznot. Wir kennen dies vor allem vom Verkehr, und zwar nicht nur vom Privatverkehr, auch beim öffentlichen. Auch das Schienennetz ist an eine Grenze seiner Kapazität gelangt. Wir können noch so viel Geld bereitstellen für den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen und Strassen, das Angebot rennt der Nachfrage einfach hinterher! Natürlich können wir eine weitere Gotthardröhre bauen, aber der Verkehrszusammenbruch findet nicht vornehmlich am Gotthard statt, sondern in den Agglomerationen. Schliesslich bringt eine hohe Bevölkerungsdichte – übrigens auch die Überfremdung – seelische und psychiatrische Belastungen. Lassen Sie sich dies von einem Psychiater sagen. Seelische Erkrankungen nehmen zu, aber zum Beispiel auch die Kriminalität. Der Nobelpreisträger Konrad Lorenz hat wissenschaftlich nachgewiesen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen einer hohen Bevölkerungsdichte und einem erhöhten Pegel von Aggressivität und roher Gewalt. Die gesunde Seele braucht Raum, Distanz, Ellbogenfreiheit, ein eigenes Revier. Nur das ist Freiheit! Leben in Nationalstaaten ohne freien Personenverkehr wird dadurch zur natürlich vorgegebenen Lebensweise. Die bei

allen Menschen angeborne Fremdenfurcht oder Xenophobie ist der instinktive Ausdruck dieser Ablehnung lebensbedrohlicher Übervölkerungssituationen. Die politische Hauptströmung hält diese Erkenntnisse jedoch unter dem Deckel, betreibt das Gegenteil und wundert sich, dass es nicht funktioniert.

Erstrebenswertes Wachstum?

Im Grunde haben wir durch unsere Einwanderungspolitik, unseren Lebensraum verkauft und den Gewinn sofort wegkonsumiert. Unsere heutigen Probleme gehen zum überwiegenden Teil hierauf zurück! Selbst gebildeten Leuten will das offenbar nicht in den Kopf! Kürzlich hat ein Journalist mit einer oberflächlich materialistischen Begründung behauptet, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sei die beste Zeit für die Schweiz gewesen. Mein Widerspruch in einem Leserbrief wurde selbstverständlich unter den Tisch gewischt.

In dieses bereits übervölkerte und überindustrialisierte Land hinein platzen nun Ökonomen mit ihrer Forderung nach Wachstum. Zwar beteuern sie scheinheilig, sie meinten dabei nur wirtschaftliches Wachstum. Aber erstens ist Wirtschaftswachstum nicht möglich ohne Personal, und zwar gut ausgebildetes Personal, und zweitens führt auch eine Steigerung der Wirtschaftstätigkeit zu einer zunehmenden Umweltbelastung. Überhaupt wird mit dem Ausdruck Wachstum sprachliches Schindluder getrieben. Die Umweltbewegung hat die Forderung nach Nachhaltigkeit aufgestellt, worauf die Ökonomen sofort mit dem Schlagwort vom nachhaltigen Wachstum gekommen sind. Dabei ist das ein Widerspruch in sich selbst. Was wächst, ist nicht nachhaltig, und was nachhaltig ist, wächst nicht. Die Umweltbewegung hat die Forderung nach nachhaltiger Entwicklung, nicht nach Wachstum gestellt.

Überhaupt möchten die Ökonomen, aber auch EU-Befürworter, Richter und ein grosser Teil die Publizistik-Politik auf Wirtschaftspolitik reduzieren. Wir müssen hart dagegenhalten. Auch ich bin selbstverständlich der Meinung, dass das Problem der Arbeitslosigkeit, das mit sogenanntem Wirtschaftswachstum behoben werden soll, sehr ernsthaft ist. Nur – mit der Zustimmung zu den bilateralen Verträgen eins mit der EU hat der Stimmbürger akzeptiert, dass diese in der Schweiz mindestens so gross sein wird wie in den umliegenden EU-Staaten. Wer etwas anderes behauptet, lügt einfach

den Bürger an. Schaffen wir in der Schweiz nämlich zusätzliche Arbeitsplätze, werden sie zum grössten Teil mit EU-Bürgern besetzt werden, welche hochhoffiziell die gleichen Rechte beanspruchen können wie Schweizer. Es ist ein Kampf gegen Windmühlen. Und da die EU mit ihren Osterweiterungsplänen noch sehr lange sich mit Arbeitslosigkeit herumschlagen wird, lässt sich daran auf absehbare Zeit auch nichts mehr ändern. Wer das nicht wollte, der hätte Nein sagen müssen zu den bilateralen Verträgen. Eine eigenständige Schweizer Arbeitsmarktpolitik ist nun einfach nicht mehr möglich.

Gewaltiges Geburtendefizit

Wir kommen zum letzten grossen Problem, das gerade auch in unseren Kreisen viel zu wenig eingesehen wird: die Schweiz hat eine viel zu tiefe Geburtenziffer. Die Entwicklung der bevölkerungsmässigen Überfremdung hat nämlich zwei Ursachen: zum einen die Einwanderung, zum anderen aber auch die durch ein gewaltiges Geburtendefizit verursachte Schrumpfung der eingeborenen Bevölkerung! Während vor 40, 50 Jahren noch ausschliesslich die Einwanderung im Vordergrund des Problems stand, ist es in der Zwischenzeit zu einem Zweifrontenkampf geworden. Wir erleben in der Schweiz einen eigentlichen Absturz der Geburtenziffer. 1964 wurden in der Schweiz noch 112'000 Kinder geboren, die meisten Schweizer. Im Jahr 2003 ist diese Zahl auf 71'000 abgestürzt, alle Ausländergeburten, Eingebürgerten und Sprösslinge binationaler Ehen mitgezählt! Und die Zahl sinkt weiter ab! Damit stirbt das eingeborene Volk mit Riesenschritten aus; übrigens auch die früher Eingewanderten und nun kulturell Assimilierten! Schlimmer noch: der Tatbestand dient Demagogen als Rechtfertigung für noch mehr Einwanderer! Kein Staat kann aber überleben, dessen Staatsvolk so schnell ausstirbt!

Wir brauchen also dringend eine bessere Familienpolitik, zumal in der Zwischenzeit die Abtreibung in der Schweiz praktisch freigegeben wurde. Erinnern Sie sich daran, wenn sie am 26. September zur Urne gehen! Natürlich ist es mehr als nur ein Schönheitsfehler, wenn nicht erwerbstätige Mütter nichts bekommen sollen. Bei einem Nein erhalten sie aber auch nichts! So, und nun habe ich Ihnen mein Herz ausgeschüttet! Ich wünsche Ihnen aller Widerwärtigkeiten zum Trotz eine fröhliche und besinnliche 1.-August-Feier!

1.-August-Feier 2004 der Schweizer Demokraten in der Rheinstadt Basel

Eine Bildreportage von Martin Egger, Grossratskandidat Kleinbasel



Nach dem musikalischen Auftakt des Ländler-Trios Sternenberg, Hofstetten, ...



Zwischendurch erheiterte der Kleinbasler Kabarettist Renato das Publikum mit seinen gelungenen Nummern.



... begrüsst SD-BS Präsident Markus Borner als Gastgeber die gut hundert Gäste aus der ganzen Schweiz. Borner betonte, dass die

Schweizer Demokraten als einzige Partei in der Schweiz eine offizielle 1.-August-Feier durchführten.



Das Publikum amüsierte sich köstlich ...



Nach der sehr eindrücklichen, auf 5 Hauptproblemen aufgebauten Ansprache von alt-NR Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf,

wurde das Mittagessen serviert.



... selbst den Zürchern, welche bekanntlich etwas Mühe mit dem ureigenen Basler Humor haben, schien es zu gefallen.



Patriotisch und stets gut gelaunt präsentierte sich die Fricktaler Delegation nach dem Dessert.



SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Frenkendorf, thematisierte in seiner Festansprache den Mythos Tell. Anschliessend wurde gemeinsam die Landeshymne gesungen.



Ein weiterer Höhepunkt des Nachmittags war sicher der Auftritt des Jodlerclubs Alphüttli, Basel, welcher stimmungsvolle und heimatliche Klänge in den gemütlichen hochsommerlichen Garten brachte.



Die Feier musste leider unter Polizeischutz stattfinden: Schon Wochen zuvor riefen militante Linke zu Gewaltaktionen gegen diesen friedlichen, traditionellen Anlass auf. Glücklicherweise verliefen unsere Feierlichkeiten zum Geburtstag unserer Heimat störungsfrei.

Initiative «für demokratische Einbürgerungen»

Nein zur Verschleuderung des Bürgerrechts



Von
Nationalrat
Ulrich Schlüer,
Flaach ZH

Die vor wenigen Wochen lancierte Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» verfolgt das Ziel, die Mitsprache der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei Einbürgerungsentscheiden in der Verfassung abzusichern.

Kein Rekursrecht!

Die Initiative legt fest, dass der Einbürgerungsentscheid auch in Zukunft in der Gemeinde getroffen wird. Den Stimmbürgern steht das Recht zu, das in der Gemeinde für Einbürgerungen zuständige Organ abschliessend zu bestimmen. Die Kompetenz kann der Exekutive, dem Gemeindeparlament, einer vom Souverän gewählten Einbürgerungskommission übertragen werden. Der Souverän kann den Entscheid aber auch sich selber reservieren – wobei er an der Gemeindeversammlung oder an der Urne getroffen werden kann. Wichtig: Der Entscheid, den das vom Stimmbürger als zuständig erklärte Organ trifft, ist endgültig. Ein Rekurs dagegen ist nicht möglich.

Gegen die Entmachtung des Souveräns

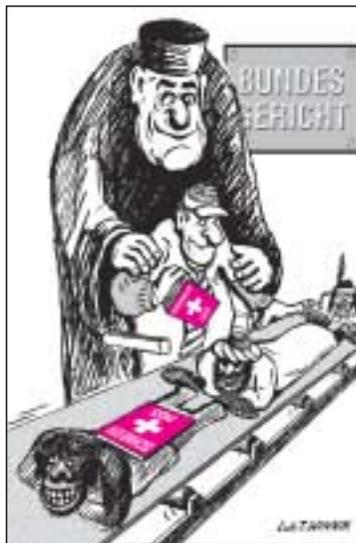
Damit soll die Rechtsunsicherheit, welche vor einem Jahr das Bundesgericht mit zwei umstrittenen Urteilen geschaffen hat, beseitigt werden. Das Bundesgericht will – es verstösst damit klar gegen die Bundesverfassung – die Gemeinden und die Stimmbürger bei der Bürgerrechts-Erteilung schlicht und einfach entmachten. Ein Souverän, der negative Einbürgerungsentscheide «begründen» muss, ist nicht mehr der Souverän, das höchste Organ im Staat. Es gäbe dann eine neue, dem Souverän übergeordnete Behörde, dem gegenüber sich der Stimmbürger für sein Verhalten an der Urne oder in einer offenen Versammlung künftig rechtfertigen müsste.

In der Bundesverfassung wird den Stimmbürgern bei der Ausübung ihrer politischen Rechte (Art. 34,

Abs. 2) ausdrücklich garantiert, nach «freier Willensbildung» und mit «unverfälschter Stimmabgabe» entscheiden zu können. Diese Verfassungsgarantien werden mit Füssen getreten, wenn der Souverän seinen Einbürgerungsentscheid künftig begründen müsste. Faktisch würde ihm der freie Entscheid genommen. Zu Bürgerrechtsgesuchen dürfte er eigentlich nur noch rituell Ja sagen.

Nein zu Masseneinbürgerungen

Dies ist ein unerträglicher Eingriff von Oberbehörden gegen die direkte Demokratie, mit einem leicht durchschaubaren Ziel. Die Absicht ist, Tür und Tor für Masseneinbürgerungen zu öffnen. Wohl in der Hoffnung, jahrelanges Versagen in der Ausländer- und Asylpolitik könne mit dem Mittel von Mas-



seneinbürgerungen vertuscht werden. Als könnte – zum Beispiel – die alarmierend hohe Ausländerkriminalität dadurch beseitigt wer-

den, dass man Zehntausende von Ausländern kurzerhand zu Schweizern erklärt, inklusive Kriminelle. Widerstand gegen alle Gelüste von oben, den Souverän bei Einbürgerungsentscheiden zu entmachten, damit künftig Masseneinbürgerungen Tatsache werden, ist dringend erforderlich. Die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» verleiht diesem Widerstand Stosskraft. Sie garantiert dem Bürger das letzte, unanfechtbar freie Wort beim Einbürgerungsentscheid. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung der direkten Demokratie.

Ulrich Schlüer

Dieser Ausgabe liegt ein Bogen bei. Weitere Unterschriftenbogen können bestellt werden bei: SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: sds@bluewin.ch

EURO 2004: Schweizer und «Schweizer»

Viele, sehr viele eingebürgerte Schweizer sind bessere Schweizer als «echte» Schweizer, deren Vorfahren schon bei Sempach (oder eventuell schon beim Rütli-schwur?) dabei gewesen sein wollen – wenigstens behaupten das gewisse Leute. Das sieht man am besten, wenn man Unterschriften für Initiativen oder Referenden sammelt. Hier nur zwei Beispiele: Bei einer früheren Initiative gegen die Einwanderung haben bei acht Unterschriften auf dem Bogen vier Ehepaare unterschrieben; zwei Personen trugen schweizerische Namen, vier Personen italienische Namen (rein theoretisch könnten es auch Tessiner gewesen sein, aber eher unwahrscheinlich) und zwei Namen trugen die Endung «ic». Ich habe mir diesen Bogen speziell gemerkt und nach der Beglaubigung durch die Gemeinde kontrolliert. Alle acht Unterschriften waren gültig. Zweites Beispiel: Bei der jetzt laufenden (bzw. «abgelaufenen») Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» haben wir u.a. vor dem Abstimmungslokal der Gemeinde Obersiggenthal bei Baden Unterschriften gesammelt. Abgesehen von der Tatsache, dass rund die Hälfte der Stimmenden die Initiative ohne lange Diskussion unterschrieben haben, war bemerkens-

wert, dass ein gutes Viertel der Unterzeichnenden eingebürgerte ehemalige Ausländer waren, zumeist aus den ehemaligen Ostblockstaaten wie Ungarn, Tschechoslowakei, ehemaliges Jugoslawien. Aber auch ehemalige Italiener haben unterschrieben. Das Gegenteil konnte man «schön» anlässlich der EURO 04 in Portugal feststellen. Hier einige Beispiele: Bei jedem von unserem Schweizer Fernsehen übertragenen Spiel trat je ein Anhänger der beiden Mannschaften auf. Beim Spiel Kroatien – Schweiz trat unser famoser Mister Schweiz 2003 auf. Er betrat das Fernsehstudio mit umgehängter kroatischer (!) Fahne und stellte sich als Anhänger von Kroatien vor. Übrigens: nach Aussagen von Bekannten soll dieser Mister «Schweiz» seinen Titel nicht hier in der Schweiz, sondern in Kroatien gefeiert haben! Schade, dass in solchen Fällen keine Ausbürgerung möglich ist! Der vor kurzem eingebürgerte Miaden Petric, bei den Junioren des FC Baden gross geworden, dann bei GC und jetzt beim FC Basel spielend, hat sich nach seiner Einbürgerung entschlossen, für Kroatien und nicht für die Schweiz zu kicken. Eine spezielle Genugtuung für mich war, dass Petric von Kroatien nicht an die EM mitgenommen

worden ist (wahrscheinlich haben die Kroaten erst mal die «echten» Kroaten berücksichtigt). Hatte sich Petric für die Schweizer Nati entschlossen, hatte er mit Sicherheit in Portugal gespielt (typischer Fall von «in die Hose gegangen»). Der Kolumbien-Schweizer Vonlanthen hatte sich übrigens zuerst für die kolumbianische Nati interessiert, sich dann aber doch «gütigst» für die Schweizer Nati entschlossen (wahrscheinlich erhielt er von Kolumbien eine Absage). Und der «echte» Appenzeller Chiumiento, der heute bei Juventus Turin spielt (dem jungen Spieler sei dies herzlich gegönnt), war in Portugal nicht dabei. Er überlegt sich nach eigener Angabe, ob er für Italien oder die Schweiz spielen wolle. Es ist zu hoffen, dass Köbi Kuhn (oder ein späterer Nati-Trainer) diesem «Schweizer eine Absage erteilen wird, wenn er sich doch noch für die Schweiz entschliessen sollte (eventuell auch erst nach einer Absage von Italien). Weitere Beispiele aus früheren Fussballzeiten: Raimondo Ponte und Ciriaco Sforza, die beide je über 50 Spiele in der Schweizer Nati gespielt haben, sagten vor zwei bis drei Jahren im Aargauer Regionalfernsehen Tele M1 Folgendes: Ponte: «Ja jetzt, wo ich seit 30 Jahren Schweizer bin, jetzt fühle ich

mich doch eher als Schweizer». Und Sforza: «Ich fühle mich höchstens nur 30 bis 40 Prozent als Schweizer, im Herzen bin ich immer noch Italiener». Das abschätzige Wort Papierlschweizer ist hier fehl am Platz, hier müsste man eher den Ausdruck «Pseudo-schweizer» verwenden. Und wissen Sie, wer an der Olympiade für die Schweiz ein Diplom (6. Rang) im Wildwasser-Kanu der Damen erungen hat? Es war Nagwa el Desouki, Vater Algerier, Mutter

Slowenin und ihr Wohnort ist in Frankreich. Internationaler geht es wohl kaum noch, also eine typische Multi-Kulti-Wischiwaschi-Schweizerin. So wie es unsere «Inter-Nationalsozialisten» wünschen. Und der Judoka Sergei Aschwanden sieht trotz seines typisch schweizerischen Familiennamens auch nicht gerade wie ein Urschweizer aus. Und schliesslich ist «unser» Schweizer Cedric El-Idrissi bei den 400-Meter-Hürden bereits ausgeschieden.

D. Najman, Baden

Importierte Drogenkriminalität

«Offene Drogenszene, Schlägerei und Mord – die Kriminalität der Flüchtlinge beunruhigt Genf» ist nicht etwa der Titel eines Artikels im Mitteilungsblatt irgendeiner Skinhead-Formation, sondern eines im Gratisanzeiger «GHI» – Genève home informations vom 7./8. Juli 2004 veröffentlichten gut recherchierten und dokumentierten Beitrages zu diesem Thema. Das erwähnte Blatt dazu einleitend «Ob sie nun aus Nigeria, dem Kongo, aus Guinea, Mali, Liberia oder einem andern afrikanischen Land im Kriegszustand kommen – in Genf haben gewisse Asylanten einen gemeinsamen Nenner: den **Strassenverkauf von Kokain**. Es ist hier nicht von Flüchtlingen aus Afrika, welche sich mehrheitlich nichts vorzuwerfen haben, die Rede, wohl aber vom **Tourismus der Dealer-Asylanten**, welche in beunruhigendem Ausmass durch unsere Strassen ziehen und dadurch gleichzeitig den Verkauf von Kokain zu einem Gemeinplatz machen.» Diese organisierten Dealer verkaufen die Droge nur in Kleinstmengen (ein Plastik Kügelchen enthält lediglich 0,2 g Stoff), um bei einer Verhaftung einer schweren Gefängnisstrafe zu entgehen. Doch **ihre Aktivität breitet sich polypenartig aus**, so dass es unter ihnen zu **Streitigkeiten um Verkaufsgebiete** und zu **blutigen Abrechnungen** – hie und da auch mit Toten – zwischen den Banden kommt. Ein schwacher Trost, dass laut Polizei der gewöhnliche Bürger dadurch nicht persönlich gefährdet wird; es sei denn, er habe selber mit Drogen zu tun. So oder so wird er aber zur Kasse gebeten. Der **Kleinkrieg zwischen verschiedenen Volksgruppen** und rivalisierenden Dealerbanden zieht in zunehmendem Masse Schwerverletzte nach sich, welche gezwungenermassen zu **Sozialfällen zu Lasten der Steuerzahler** werden.



Gewisse solche für den Rest ihres Lebens als invalid erklärte Personen verbleiben im Kanton Genf, um sich auf Staatskosten behandeln zu lassen, da sie vom «Hospice général» (Sozial- und Fürsorgeamt) abhängig sind. Aber es kommt noch gesser. Dazu GHI: «Wenn ein durch eine Kugel oder Stichwaffe Verletzter sich zur Behandlung ins Spital begibt, reicht er gerade deshalb keine Klage ein, um von der Justiz nicht behelligt zu werden, erklärte ein Inspektor der Kriminalpolizei, denn die Verantwortlichen der Spitäler sind im Gegensatz zu dem, was man glauben kann, nicht gehalten, dies uns zu melden. Das Arztgeheimnis verpflichtet... Somit gibt es eine schöne Anzahl von Fällen, von denen wir keine Kenntnis haben.

Keine Rückschaffungen

«Das Hauptproblem besteht darin, dass diese papierlosen Flüchtlinge ohne festen Wohnsitz und demzufolge laut unseren Gesetzen nicht rückführbar sind. Und wenn die Bundesbehörden mit den betreffenden Ländern Verbindung aufnehmen, bleiben die Anfragen zu meist unbeantwortet.»

(Was Bundesbern jedoch nicht dar-

an hindert, solche Staaten trotzdem mit Millionenbeträgen zu unterstützen, statt sie mit der Einstellung jeglicher Hilfe und mit der Einfrierung der Beziehungen auf allen Ebenen zu sanktionieren. Red. SD)

Um der beunruhigten Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit zu verleihen, wurde 2002 von der Genfer Polizei eine neue Abteilung, die «Task Force Drogue», ins Leben gerufen und eine territoriale Beschränkung der Bewegungsfreiheit für Wiederholungstäter verordnet. Vor zwei Jahren waren 50 Prozent aller Verhaftungen das Verdienst dieser «Task Force Drogue». **80 Prozent von deren «Kunden» waren Asylanten**, wovon die Hälfte aus Flüchtlingszentren anderer Kantone stammte. Höchst interessant ist folgender Abschnitt aus «GHI»: «Die meisten Flüchtlinge afrikanischen Ursprungs, welche im Netzwerk des Drogenhandels enden, werden in ihren Ländern rekrutiert. Es handelt sich im Allgemeinen um **Personen, welche die Mittel für einen Einfachflugschein nach der Schweiz haben**. Kaum im Asylantenzentrum eingerichtet, sind sie bereits ein Glied der Organisation. Da unsere Behörden ihnen keine Arbeit geben, werden andere, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen gekommen sind, sofort durch die Verlockung des Geldes verleitet. Die guten Verkäufer können sich **pro Tag bis 1000 Franken Gewinn** einstreichen! Was die erwischten Kleinhändler betrifft, kommt es, falls die Strafe gering ist, nicht in Frage, sie eine der Allgemeinheit nützliche Arbeit verrichten zu lassen. Dies ist vom Gesetz nicht vorgesehen. Viele Asylanten beklagen sich übrigens, und dies zu Recht, dass sie in der Schweiz nicht arbeiten können. Also stromern sie auf der Strasse umher, und einige lassen sich in die Organisation des Drogenhandels eingliedern. Ganz einfach durch die Verlockung des Geldes.»

Gigantische Sogwirkung

Dieser Passus straft die Behauptung der Asylanten- und Flüchtlingslobby, diese Afrikaner seien grösstenteils arme und verfolgte Mitmenschen, denen im Heimatland Folter und Kerker drohe, deutlich Lügen. Der gewöhnliche Schwarzafrikaner kann, selbst wenn er seine letzten Habseligkeiten verhöckert hat, sich niemals eine Flugreise nach Europa leisten oder die Dienste eines Schleppers berappen. In die Schweiz fliegende Afrikaner brauchen neben dem Reisepass zumeist auch ein Visum.

Hapert es etwa bei der diesbezüglichen Kontrolle am Abfertigungsschalter des afrikanischen Flughafens oder bei der Ankunft in helvetischen Gefilden? Die Auffassung von «GHI», die Lage wäre besser, wenn die Asyl Suchenden arbeiten dürften, ist äusserst blauäugig. Die Erlaubnis, eine bezahlte Arbeit anzunehmen, hätte eine kolossale Sogwirkung auf die in der Heimat verbliebenen Landsleute mit unvorhersehbaren Folgen für unseren Arbeits- und Wohnungsmarkt, das Schul- und Gesundheitswesen (Aids!) usw. Sie würde kriminelle Elemente nicht davon abhalten, nebenbei auch im Kokainhandel mitzumischen.

Ein Polizeiinspektor mit 28 Dienstjahren erinnert sich an eine vielsagende wahre Begebenheit: «Vor einigen Jahren kam die Polizei von Guinea zu uns auf Besuch. Da sie nicht glauben wollte, in welchem Ausmass und wie gut die Bürger ihres Landes bei uns organisiert sind, machten wir einen Test. Die beiden afrikanischen Polizeibeamten in Zivil setzten sich auf eine Terrasse beim Bahnhof. In weniger als einer Viertelstunde wurden sie von Landsleuten mit dem Vorschlag angegangen, Mitglied ihres Verteilernetzes zu werden.» Soweit der Bericht der Genfer Zeitung, worin eine wichtige Frage leider nicht zur Sprache kam: **«Was geschieht mit dem «verdienten» Geld?** Bei einem Gewinn von bis zu 1000 Franken pro Tag und bei freier Kost und Logis in der Asylantenunterkunft läppern sich erkleckliche Beträge zusammen. Wo landen diese Gelder? Über welche Kanäle wickelt sich der Zahlungsverkehr ab, wenn ein Dealer seine Angehörigen in Afrika unterstützen oder Investitionen für Geschäfte auf eigene Rechnung tätigen will? Bestimmt nicht über ein reguläres Bank- oder Postscheckkonto, für dessen Eröffnung es gültiger Ausweispapiere bedarf! Eigenartig ist, dass gerade in den letzten Jahren sogenannte Geldtransfer-Agenturen (transfers de fonds – money transfers) mit Wechselstube und Verkauf von Handytaxikarten verschiedenster Telefongesellschaften fast wie Pilze aus dem Boden schossen, wobei deren Kundschaft sich zu einem erheblichen Teil aus Afrikanern und Asiaten zusammensetzt. Diese im Halbdunkel operierenden Firmen genauer unter die Lupe zu nehmen, wäre mehr als angebracht. Oder verstiesse dies gegen Art. 8, Abschnitt 2 der Bundesverfassung (Diskriminierungsverbot) und Art. 261 bis Strafgesetzbuch (Antirassismus-Strafnorm)?

Max Morf

SD-1.-August-Feier 2004 in Basel

Tell, Pyjama-Party auf dem Rütli, Bundesverfassungsbetrug, Einbürgerungen



Rede von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Landrat/e. Nationalrat, Frenkendorf

Liebe Eidgenossinnen und Eidgenossen

Mit grosser Freude stelle ich fest, dass wir als einzige Partei unseres Landes auch dieses Jahr wieder eine 1.-August-Feier durchführen. Freude habe ich an uns allen, die das tun. Ganz und gar keine Freude habe ich an den andern Parteien. Diese würdigen unseren Nationalfeiertag kaum mehr. Allenfalls helfen sie mit, den 713. Geburtstag unserer Eidgenossenschaft zu einer Bratwurst- und Knallpetarden-Party verkommen zu lassen. Eine Veranstaltung, zu der landauf landab zu internationaler Solidarität und sogenannter Offenheit und Toleranz aufgerufen wird. Es wird von uns verlangt, dass wir uns unterwürfig den andern anpassen. Schweizerische Werte werden systematisch heruntergerissen. Genau so wie das dieser Tage wieder mit Wilhelm Tell oder auf dem Rütli geschieht.

Eine Pyjama-Party auf dem Rütli

Auf zur Pyjama-Party auf dem Rütli. Etwa so könnte man die momentane Tell-Hysterie bezeichnen, die sich gross medial aufgepeppt momentan über unsere Köpfe ergiesst. Da führt doch zum 200-Jahr-Jubiläum von Schillers «Wilhelm-Tell» eine Theater-Truppe, bestehend aus deutschen und schweizerischen Schauspielern, den Tell auf. Und die ganze Prominenz- und Bratwurst-Schickeria pilgert mit dem Schiff auf eben dieses Rütli. Manche dieser ach so wichtigen Leute waren wohl noch nie auf dem Rütli. Aber Hauptsache, dieses – neudeutsch gesagt – «Event», bei dem man unter dem Motto «sehen und gesehen werden» unbedingt dabei sein muss, bringt viel Klamauk, Aufmerksamkeit und Zerstreuung. Es ist ein Abend mit modernistischem Theater. Ein Tell mit seinem Walterli, beide im Pyjama, welche der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Und ein angeblich bodenständiger Bundesrat Blocher, der das ganze «Theater» auch noch mitsponsert. Da fährt im nicht so ganz

wilden Sturm daher der Herr Bundespräsident Deiss und erklärt, dass es Tell wohl nicht gegeben habe, dass diese «sagenhafte Geschichte rund um Tell» für die weitere Öffnung unseres Landes aber wichtig sei. Und selbstverständlich darf auf dem Schiff aufs Rütli auch der Herr Professor Kreis nicht fehlen, der oberste Anti-Rassismus-Guru, Alleswissender, Zensor und Maulstopfer unseres Landes. SP-, CVP-, FDP- und SVP-National- und Ständeräte pilgern ebenso entzückt zu dieser Vorführung auf dem Rütli wie der Grossbanker Ackermann, der eben wegen fragwürdigem Geschäftsgebaren vor Gericht stand. Und nur die arme Sängerin Paola wagt es, dem Fernseheteam zu erklären, dass es für sie Tell echt gegeben habe, dass sie daran glaube. Und das ist erstaunlich und erfreulich zugleich: Denn laut Umfragen glaubt trotz dieser «Tell gab es nicht»-Hysterie eine Mehrheit in unserem Lande daran, dass es Tell echt gegeben habe. Das beeindruckt uns, wenn man bedenkt, welchem Gruppendruck wir alle ausgesetzt sind. Ein Druck, der dahin geht, dass die ganze Geschichte frei erfunden worden sei.

Gleichzeitig bringt das Staatsfernsehen jeden Montag eine Sendung rund um den See der vier Waldstätten. Der belehrende Geschichtsexperte fehlt nie. Und immer wieder und unermüdlich wird versucht, den Tell als mythenhafte Sagenfigur darzustellen, die nie gelebt habe. Die Hohle Gasse wird relativiert. Den Gessler habe es «so nicht gegeben». Und zuguterletzt habe auch Winkelried, der den Seinen bei Sempach eine Gasse geschlagen hat, nie existiert.

Unser Rütli am 1. August geschlossen

Einst hat man das Rütli, dort wo mit dem Rütli Schwur unsere Eidgenossenschaft gegründet wurde, mit einer grossen nationalen Geldsammlung gerettet und symbolisch unserer Jugend vermacht. Wenn wir in diesen Zeiten auf dem Rütli eine Veranstaltung durchführen wollten, wäre uns dies verwehrt. Heute aber darf eine kommerzialisierte Tell-Aufführung stattfinden und es wird dafür sogar Eintritt verlangt. Am 1. August dieses Jahres findet wegen diesem «Theater» auf dem Rütli auch keine offizielle und öffentliche 1.-August-Feier statt. Nur geladene

Theater-Gäste dürfen am Nachmittag des 1. August 2004 auf die Rütliwiese. Und Polizei ist aufgeboten, um das durchzusetzen. Welch ein Skandal, welch eine Entwürdigung unserer heiligsten Nationalstätte. Alle, die dafür verantwortlich sind, sollen sich dafür schämen! Denn das Rütli gehört uns allen und muss jederzeit frei zugänglich sein.

Ich kenne eigentlich kein anderes Land, in dem die historischen Grundlagen, das Fundament der Daseinsberechtigung dermassen mit Füßen getreten werden, wie bei uns. Es läuft ein Demontageversuch unserer kulturellen Wurzeln, tagein, tagaus, in allen Medien. Geschichtsbücher werden umgeschrieben, das Volk soll umgezogen werden... wie einst drüben im Reich vor «tausend Jahren»! Das Ziel ist immer nur eines: Unser Land respektive unser Volk gefügig zu machen, auf seinem Weg hinein ins vereinte Europa. Es ist deren Ziel, unsere unabhängige und neutrale schweizerische Eidgenossenschaft bis zur Unkenntlichkeit zu demontieren und herunterzureissen. Zu diesem Zweck muss auch Tell vom Sockel heruntergeholt werden.

Da ist es direkt wohltuend, dass es in Altdorf eine Tell-Gesellschaft und in Interlaken eine ebensolche gibt, welche diese Geschichte so aufführen, wie es den Tatsachen entspricht. Und diese Aufführungen haben grossen Zuspruch. Genau gleich wie das Tell-Museum in Bürglen, die Tellsplatte oder die Hohle Gasse. Allesamt sind sie für uns Pilgerorte, die wir unseren Kindern und Grosskindern zeigen wollen, die es zu erhalten gilt und deren Fortbestand wir fördern wollen.

Meine lieben Patriotinnen und Patrioten, Widerstand ist angesagt! Widerstand gegen die Herabreisser, Gleichmacher, Vaterlandsschänder und -verräter!

«Und es gab Tell doch»

Es stimmt, es gibt doch tatsächlich ein dickes Buch mit diesem Titel. Geschrieben hat es verdienstvollerweise der Geschichtsforscher Arnold Claudio Schärer. Allein schon die Tatsache, dass es jemand gewagt hat, ein solches Buch zu schreiben um die Tatsache, dass es Tell doch gab, zu untermauern, ist tosenden Applaus wert. Der Autor schreibt zu Tell in seiner Einleitung: «Viele sehen in ihm einen eigentlichen Begründer der Eidgenossenschaft, andern ist er ein «Revolutzer», Symbolgestalt für gewaltsamen Widerstand gegen Unterdrückung... Doch es gab ihn wirklich, den Tell. Es gab den Vogt Gessler, es gab den Apfelschuss und es gab den Racheakt in der Hohlen Gasse. Die Beweise dafür

sind in diesem Buch zusammengetragen und genauestens aufgelistet...» Weiter lesen wir: «Vierzig Jahre später, um 1289, gerieten sie erneut in den Konflikt, diesmal mit dem Urner Vogt der Habsburger wegen Richterkompetenzen. Nicht gewaltsame Unterdrückung durch Habsburg, sondern dessen angestrebte Beherrschung der Waldstätte führte zum Konflikt. Das gespannte Verhältnis der Familien Gruoba und der Urner Landleute zum Amtmann der Habsburger, dem Gessler, entlud sich in Gewalttaten. Die wichtigsten Akteure waren Ulrich Gessler und Wilhelm Tell. Letzterer entstammte der Gruoba-Sippe.»

Sodann hält der Buchautor fest: «Die Akteure Wilhelm Tell, Ulrich Gessler und andere der Konfrontation sind durch zeitgenössische Dokumente bewiesene Persönlichkeiten. Sie haben gelebt, die Rollen, die sie von Amtes wegen ausübten oder in die sie gedrängt wurden, sind belegbar. Die Ereignisse um Tell und Gessler sind keine Märchen, sondern beweisbare Wirklichkeit. Um die Akteure als nachweisbare Persönlichkeiten zu erfassen, bedurfte es umfangreicher genealogischer Forschung über die Zusammenhänge der Einzelnen zu ihren Sippen und ihren weiteren Beziehungen... Es sind genügend zeitgenössische Hinweise vorhanden, dass man den Apfelschuss und die Tötung Gesslers als wirklich stattgefundene Gewaltakte bezeichnen kann.»

Das Buch aus dem Jahre 1986, aus dem Harlekin-Verlag Luzern, ist eine wahre Quelle zur Geschichte der damaligen Zeit und zur Tell-Geschichte. Und man möchte fast sagen, selbstverständlich passen all diese historischen Aussagen nicht mehr ins heutige Zeitbild der Internationalisten, die uns regieren. Deshalb darf dieses Buch ja auch nicht sein! Darum musste es in Vergessenheit geraten. Selbst wenn Friedrich Schiller in seinem «Wilhelm Tell» die Geschichte etwas ausgeschmückt hat, was wir ihm als schriftstellerische Freiheit durchaus zubilligen, sie hat einen erheblichen wahren Kern. Wir dürfen daran glauben, Tell hat gelebt! Dies umso mehr, als es der grosse Johann Wolfgang von Goethe war, der Schiller auf den literarischen Stoff aufmerksam gemacht hat.

Die Bundesverfassung von 1874 ist nach wie vor unser Leitfaden

Die Bundesverfassung von 1874 nimmt eigentlich die Basis, welche die Tell-Geschichte und der Rütli Schwur gelegt haben, auf und begründete so die Grundlage unseres Staatsgebildes. Für uns gilt diese Verfassung immer noch. Sie beginnt

folgendermassen: «Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Im Namen Gottes des Allmächtigen! Die Schweizerische Eidgenossenschaft, in der Absicht den Bund der Eidgenossen zu festigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen: Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der dreiundzwanzig souveränen Kantone, als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Landschaft), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura bilden in ihrer Gesamtheit die Schweizerische Eidgenossenschaft.»

In Artikel 2 heisst es: «Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.» Nun, liebe Mitlandsleute, ich kann es sehr einfach formulieren, das entspricht eigentlich dem Parteiprogramm von uns Schweizer Demokraten!

Demgegenüber stellt sich die erst seit kurzem gültige neue Bundesverfassung fast schon als seelenlose Auflistung unserer Staatsgrundlagen dar. Allerdings gespickt mit internationalistischen Elementen. Wir wurden bei der Volksabstimmung über die neue Bundesverfassung schlicht angelogen von den Regierenden, denn sie behaupteten, es ändere sich mit der neuen Bundesverfassung nichts. Dabei haben sie zum Nachteil von uns Schweizerinnen und Schweizern alles auf den Kopf gestellt. So sind heute nicht mehr alle Schweizer vor dem Gesetze gleich, sondern alle hier wohnhaften Leute. Merken Sie den Unterschied? Und dies wiederum bewirkt, dass sich immer mehr Ausländer und fremde Profiteure ins gemachte Schweizerne setzen. Unsere Sozialwerke platzen deshalb aus allen Nähten und wir Einheimischen zahlen uns dumm und dämlich. Und der damalige Bundespräsident Koller versicherte mir auf Anfrage im Parlament, dass sich bei den Einbürgerungen nichts ändere mit der neuen Bundesverfassung. Jetzt zeigt sich aber, dass wir brandschwarz angelogen wurden. Dank oder wegen der neuen Bundesverfassung kann oder muss praktisch jeder und jede Fremde eingebürgert werden, wenn sie den Antrag stellen. Wird eine Einbürgerung abgelehnt, ist dies nun auf dem Gerichtsweg anfechtbar. Diese Bundesverfassung beruht auch

in andern Fällen auf Lügen und Falschaussagen. Sie ist deshalb nicht die Unsrige!

Einbürgerungsmissbräuche noch und noch

Es ist unsere staatsbürgerliche Pflicht, bei den kommenden Eidgenössischen Abstimmungen vom 26. September 2004 Widerstand zu leisten gegen die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern. Egal ob das junge oder ältere Ausländer sind. So geht das nicht. Wir opponieren gegen die Art und Weise, wie massenweise Ausländer unseren Schweizer Pass erhalten sollen. Sicher gibt es darunter gut assimilierte, mit den schweizerischen Gepflogenheiten, Sitten und Gebräuchen bestens vertraute Menschen. Sie sollen auch weiterhin eingebürgert werden können. Es fallen aber immer mehr Anträge auch von jungen Leuten auf, die von der Sozialhilfe leben. Immerhin, in Zürich werden Sozialhilfeempfänger grundsätzlich nicht zur Einbürgerung zugelassen. In andern Kantonen und an andern Orten ist es aber möglich! Gewisse Gemeinden nehmen Einbürgerungen nur vor, um Geld zu machen. Ein Baselbieter Bürgergemeindepräsident gab der «Basler Zeitung» vom 5. Januar 2004 zu Protokoll: «Ich gebe zu, dass wir es in den letzten Jahren des Geldes wegen gemacht haben.» Dazu kann ich nur noch sagen: Pfui, und schämt Euch!

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass viele Leute mit den Einbürgerungen, die nicht gesetzeskonform ablaufen, unzufrieden sind. Wir fordern deshalb, dass bei Einbürgerungskandidaten grundsätzlich keine Betreibungen vorliegen dürfen. Aufgrund der so genannt achtenswerten Gründe, mit denen, gesetzlich abgesegnet, Einbürgerungsausnahmen begründet werden, kann beispielsweise im Baselbiet irgendwo jemand eingebürgert werden, ohne in der betroffenen Gemeinde zu wohnen. Diesen Leuten geht es einzig und allein um den roten Pass. Sie haben in den meisten Fällen keine Beziehung zum Ort, Integration ist ihnen unwichtig. Wir sehen darin einen eklatanten Missbrauch des Einbürgerungsrechtes. Zudem müssen wir leider feststellen, dass nur die wenigsten Eingebürgerten – von löblichen Ausnahmen abgesehen – später am gesellschaftlichen, kulturellen oder sportlichen Leben teilnehmen.

Am 26. September 2004 stimmen wir Nein zu den erleichterten Einbürgerungen

Ausländische Jugendliche der zweiten Generation sollen sich bis zum Alter von 24 Jahren erleichtert ein-

bürgern lassen können, falls sie mindestens 5 Jahre ihrer obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben. Ausserdem müssen sie die Niederlassungsbewilligung haben und mindestens zwei Jahre in der Einbürgerungsgemeinde gewohnt haben. Das heisst, es kämen damit künftig auch Ausländer zu unserem Pass mit einer nur rudimentären Ausbildung von fünf Jahren. Bereits heute haben wir zu viele solcher Leute im Land. Und wenn man nur zwei Jahre in der gleichen Gemeinde wohnhaft war, ist man bestimmt nicht integriert! Den Drittgenerationlern will man den Schweizer Pass bereits ab Geburt geben. Es ist daher anzunehmen, dass sehr viele Junge in den Besitz unseres Passes kommen, die das eigentlich gar nicht aus vollem Herzen wollen. Und was noch viel viel schlimmer ist, sie dürfen ihren bisherigen Pass behalten. Denn sie haben dann sozusagen «Figgi und Mühli», sind Doppelbürgerinnen und Doppelbürger mit all den Vorzügen, die so etwas vor allem in Krisenzeiten bietet. Wir meinen, entweder man steht zur Schweiz oder man lässt es. Man sieht ja jetzt bei gewissen Fussballern, wie sie herumlavieren, für welche Nationalmannschaft sie spielen wollen. Sie wählen jeweils das Land, von dem sie finanziell am meisten profitieren können. Dies ist eine verwerfliche Haltung gegenüber dem Bürgerrecht. Damit gehen uns aber auch diese Abstimmungsvorlagen eindeutig zu weit.

Dann ist es leider auch so, dass bisher immer galt, dass für jeden Eingebürgerten mindestens eine neue Person wieder ins Land einreisen kann. Statistisch gesehen wanderten in den letzten dreissig Jahren sogar mehr Ausländer ein, als eingebürgert wurden. Auf diese Weise wurde die Gesamtbevölkerungszahl immer weiter aufgebläht. Dies ist eine gefährliche staatspolitische Entwicklung, weil damit der Überbevölkerung und Überfremdung unseres kleinen Landes immer stärker Vorschub geleistet wird. Wegen diesem unheilvollen Einwanderungsmechanismus leben immer mehr Menschen auf demselben bescheidenen Raum, was auch zu negativen ökologischen Auswirkungen führt.

Die Kriminalität Eingebürgerter feiert Urständ

Wie unsorgfältig und wie leichtfertig in den letzten Jahren eingebürgert wurde, zeigen folgende Beispiele aus einer langen Reihe ähnlicher Fälle auf:

BS: Messerstecherei am 8. Juni 2004: Ein eingebürgerter Schweizer srilankischer Herkunft erschiesst einen Polizisten.

AG: Tödliche Messerstecherei am 18.

Juni 2004: Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen, ein 16-jähriger Spanier dominikanischer Herkunft und ein 17-jähriger eingebürgerter schwarzer Schweizer somalischer Herkunft.

BS: Messerstecherei am 19. Juni 2004: Eine 33 Jahre alte Türkin sticht ihren Ex-Freund, einen eingebürgerten Schweizer türkischer Herkunft, mit einem Messer nieder.

ZH: Diebstahl am 25. Juni 2004: Ein 26-jähriger eingebürgerter Schweizer dominikanischer Herkunft hat einer 83-jährigen Frau die Handtasche entrisen.

TI: Ein 34-jähriger Schweizer jugoslawischer Herkunft ist an der Grenze zu Chiasso mit 10,5 kg Heroin erwischt worden. Er und drei weitere Personen wurden in Bern und Zürich verhaftet.

Wenn das Einbürgerungswesen noch mehr gelockert werden soll, dann erhalten auch noch mehr fragwürdige Ausländer unseren Schweizer Pass! Darum stimmen wir 2 Mal Nein zu den erleichterten Einbürgerungen. Und ich rufe alle auf, mit voller Kraft gegen diese beiden unheilvollen Abstimmungsvorlagen Werbung zu machen.

Aufruf zu mehr Patriotismus

Wir sollten nicht nur den diesjährigen 1. August, unseren Nationalfeiertag, zum Anlass nehmen, für unser Land und seine Grundwerte einzustehen. Auch im alltäglichen Leben gibt uns der Glaube an unsere schweizerische Willensnation, bestehend aus vier Kulturen und Sprachen, dem Romanischen, dem Italienischen, dem Französischen und dem Deutschen Halt, Kraft und Zuversicht. Kämpfen wir jeden Tag von neuem für mehr Patriotismus. Stehen wir zu unserem Land und zu unseren Traditionen. Die andern tun es auch. Und kein Franzose und kein Engländer und kein Türke schämt sich deswegen. Deshalb sollten wir uns nicht vor falscher Scham verstecken. Es lohnt sich, für unsere neutrale und unabhängige Schweiz zu kämpfen. Wir sind nicht isoliert und werden es auch nie sein. Aber wir wollen unser Leben in grösstmöglicher Freiheit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gestalten. Und dies lässt es nicht zu, dass wir der Europäischen Union oder der NATO beitreten. Wenn wir unsere Grundwerte und Grundhaltungen mit Überzeugung darlegen und offen zu ihnen stehen, dann werden das auch die Leute anderer Länder verstehen und respektieren. In diesem Sinne rufe ich Euch zu: Die Schweiz gehört uns Einheimischen. Lasst Euch nicht unterkriegen und kämpft für unser Land. Die kommenden Generationen werden es uns dereinst danken.



Kanton Aargau



Die SD Aargau sind für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht

Rücktritt von Bundesrat Samuel Schmid gefordert

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind rund um die von VBS-Chef Samuel Schmid angezettelte Diskussion zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht entrüstet. Für die SD Aargau wird

nicht die Schweizer Armee zu einem Problem, sondern Bundesrat Samuel Schmid wird für unser Land zu einem Sicherheitsrisiko. Er stellt mit seiner utopischen Idee eine in unserer Gesellschaft stark verankerte Institution in Frage. VBS-Chef Samuel Schmid hat mit «seiner» Armee XXI die Wehrfähigkeit unseres Landes entscheidend geschwächt. Die derzeitige Diskussion um die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist ganz im Sinne der Mitte-Links-Parteien und der GSoA. Es ist für die SD Aargau unbegreiflich, dass sich ein SVP-Magistrat von Armeeabschaffungsparteien und Gruppierungen mit linksradikalem Gedankengut verbrüdet.

Medienmitteilung SD Kanton Aargau, René Kunz, Reinach

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Ab September jeweils Höck am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 29. September, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, (Bus Nr. 1, Haltestelle St. Fiden). (Wahlen 26. Sept.)
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Aufruf zum Aufbau der SD Winterthur

Wie ja bekannt ist, hat Rolf Boder die SD-Sektion Winterthur per Ende Oktober 2003 verlassen. Seitdem steht die Sektion Winterthur führungslos da. Ich möchte sie wieder beleben, was alleine leider nicht geht. Ich suche darum Leute, die sie mit mir zusammen wieder aufnehmen. Interessenten melden sich doch bitte bei: Lagler Daniel, Etzbergstrasse 22, 8405 Winterthur.

Anzeige

Wollen Sie Ihre Buchhaltung bei einem SD-Mitglied erstellen lassen?

Wir erstellen Buchhaltungen und Steuererklärungen in allen Kantonen. Vom Honorar gehen 10 Prozent in die SD-Kasse. Unverbindliche Anfragen an:

Kurt Koller (SD-Zentralkassier)

Treuhandbüro:
Koller Buchhaltungen und Revisionen AG, 9620 Lichtensteig
Tel. 071 988 50 88



Kanton Basel-Stadt



Basel-Stadt: Kantonale Erneuerungswahlen vom 24. Oktober

Weniger Überfremdung, mehr Sicherheit!

Wenn die Zeit der Wahlen naht, sind plötzlich alle Parteien und Politiker für mehr Sicherheit, und der Basler Regierungsrat gibt gar noch eins drauf: Er fordert in seinem in die Vernehmlassung gegebenen Integrationsgesetz u. a. für in Basel lebende fremdsprachige Ausländer das obligatorische Erlernen der deutschen Sprache!

Dass sich in Basel niedergelassene Ausländer den hiesigen Wertvorstellungen, Traditionen und Gebräuchen anzupassen haben, verlangen die Schweizer Demokraten seit Jahrzehnten(!) – dies nicht nur mit ihren politischen Zielvorstellungen – nein, auch im Grossen Rat wird dementsprechend interveniert.

Bisher war es aber so, dass u. a. viele schriftliche Verlautbarungen der Behörden (Einschulung der Kinder, Abfallbeseitigung, Steuerfragen, usw.) immerzu in mehrere nicht-schweizerische Muttersprachen der Einwanderer, welche zum Teil schon seit Jahrzehnten(!) bei uns leben, übersetzt wurden. Dies soll nun anders werden; dürfen auch wir hoffen?

Sollten aber nicht die Profiteure der Einwanderung den Ausländern die Deutschkurse bezahlen müssen? Wir sind der Überzeugung, dass dies nicht Sache der Allgemeinheit, also der Steuerzahler ist!

Wir lassen uns nicht hinters Licht führen

Vor wenigen Wochen zeichnete das Erziehungsdepartement unter der Führung des (linksliberalen) LDP-Regierungsrates Christoph Eymann in einer Vortrags- und Diskussionsrunde mit Schulspezialisten/-interessierten auf, wohin die Reise mit den Basler Schulen gehen soll. Dass es mit dem Lernerfolg bei zu vielen BS-Schülern nicht zum Besten steht, haben die Schulverantwortlichen inzwischen nicht nur erkannt, sondern auch zu spüren bekommen (z.B. von Lehrmeistern, die bezüglich Bildungsstand von BL- und BS-Schulabgängern massive Unterschiede feststellen). Nun werden z.B. neu in der Weiterbildungsschule (WBS) mehrere Klassenzüge mit unterschiedlichen Niveaus angeboten. Auch wurde das

Fächerangebot umgestaltet, damit die jungen Menschen nicht nur ihr «Sozialverhalten trainieren», sondern auch noch Schreiben und Rechnen lernen.

Einerseits erwartet der Regierungsrat von den in Basel wohnenden Ausländern das Erlernen der deutschen Sprache. Andererseits – und dies erstaunt in Anbetracht der regierungsrätlichen Forderung im Sprachbereich, dass in naher Zukunft den in die Primarschule eintretenden Ausländerkindern nicht mehr primär Deutsch vermittelt werden soll... Diesen Kindern soll in der Schule **zuerst** ihre Muttersprachen (Türkisch, Serbisch, Albanisch, Spanisch usw.) gelehrt werden, bevor erst später Deutsch richtig zum Zuge kommt. Hierzu braucht es aber noch mehr als eine Hundertschaft ausländischer Lehrkräfte. Ein solches Vorhaben würde Millionen von Franken kosten und dies bei den roten Zahlen in der Staatsbuchhaltung. Das ist ein Grund mehr, um hier Nein zu sagen. Vom staatspolitischen Unsinn dieser Idee müssen wir schon gar nicht sprechen (Frage: Welche Sprache muss ein Einwanderer z.B. in Australien erlernen?). Und das «Bouquet» zum Schluss: Beabsichtigt ist sogar, dass diese jungen ausländischen ABC-Schützen dazu später noch ihre Maturaprüfung in Basel in ihrer Muttersprache ablegen dürfen (mind. 16 Sprachen sollen so gefördert werden!).

Apropos Überfremdung: Dass im Kleinbasel ganze Strassenzüge von gewissen Landsleuten aufgekauft und mit ihresgleichen besetzt werden, scheint die hiesige «Obrigkeit» auch nicht sehr zu stören, geschieht dies doch fernab vom eigenen Domizil. Überfremdung auf allen Ebenen nennt man diese Fehlentwicklung. Die Schweizer Demokraten werden überall, wo derlei Ungemach überhand nimmt, die Notbremse ziehen!

Kleine Schritte führen zum Erfolg

Unsere Kantonalpartei lanciert z.Z. eine **Petition**, mit welcher verlangt wird, dass englische und amerikanische Ausdrücke und Wortschöpfungen in der kantonalen Verwaltung und in den subventionierten Betrieben nichts zu suchen haben.

Eine noch stärkere Überfremdung unserer eigenen Sprache halten wir für unerwünscht – und mit anderen Worten ausgedrückt für schädlich. Unterstützen auch Sie diesen Vorstoss mit Ihrer Unterschrift!

Erleiden die Eidgenossen dasselbe Schicksal wie die Indianer Amerikas?

Gewisse Ausländer bringen halt auch ihre kulturellen Wertvorstellungen mit in «unser» Land. Die einen leben mit mehreren Frauen in eheähnlichen Verhältnissen zusammen. Bei anderen werden kleine Mädchen beschnitten (wie im tiefsten Afrika!). Nicht wenige leben ganz gut von den Leistungen der Arbeitslosenkasse und der Sozialhilfe (die Sozialhilfeabhängigkeit ist in Basel kein Hinderungsgrund seitens der Behörden, um sich einbürgern zu lassen!). Gewaltdelikte werden meist von gewissen Leuten verübt. Trotzdem reden zahlreiche Politiker und Politikerinnen tagtäglich von Harmonie und ewiger «Freundschaft» zwischen unterschiedlichen Völkern aus nah und fern (der Irak lässt grüssen!). Solange das Manna reichlich fliesst, ist für viele in der Schweiz lebende In- und Ausländer alles akzeptabel und alles dreht sich nur noch um materielle Werte. Wir Schweizer Demokraten verlangen jedoch, dass einerseits die schweizerischen Interessen in genügendem Umfang geschützt werden (z.B. keine Schulklassen mit einer erdrückenden ausländischen Mehrheit), Kampf der Abzockerei, wo auch immer, und ganz klar die Anwendung und Durchsetzung des geltenden Rechts (für alle!) bei der Verurteilung krimineller Täter. Und es gilt die Devise um den inneren Frieden aufrecht erhalten zu können: **Wer bei und mit uns leben will, muss sich unseren Lebensgewohnheiten anpassen und nicht wir den Fremden!**

Die Schweizer Demokraten bleiben wachsam

Es stimmt eben nicht, dass «man» in wichtigen politischen Fragen machtlos sei. Die Mitglieder der SD-Grossratsfraktion waren in der noch laufenden Legislaturperiode bei Abstimmungen nicht selten das Zünglein an der Waage (erwartet jemand, dass die Medien darüber berichten?). Dank unserer Stimmenkraft stimmte der Grosse Rat beispielsweise in der Debatte um die «Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen» mehrheitlich mit Ja. Das Volk folg-



te diesem Entscheid in der Volksabstimmung deutlich. Der Regierungsrat beabsichtigt, mit Hilfe der Bürgerlichen, der SVP(!) und der SP, die **BVB** Schritt für Schritt zu privatisieren. Der Grosse Rat hat dieser Absicht leider mehrheitlich zugestimmt. Die Schweizer Demokraten haben hierauf mitgeholfen, zusammen mit Grünen und Gewerkschaftern, diesen Beschluss einer **Referendumsabstimmung** zuzuführen. Ende Februar '05 wird hierzu das Volk das letzte Wort haben. In der Angelegenheit **Überbauung Erlennmatt** (ehem. DB-Areal im Kleinbasel), wo 7000 Wohnungen für 2000 Bewohner (welche denn?, Ausländer, Sozialfälle?) entstehen sollen, sammeln die SD eine beträchtliche Anzahl der notwendigen 2000 Referendumsunterschriften: Dies zusammen mit einigen bürgerlichen Mitstreitern. Ende Februar des nächsten Jahres wird auch hier der Souverän entscheiden, wo es weiter geht.

Und vergessen wir nicht: Vor zwei Jahren schickte das Volk die Vorlage betreffend dem Bau eines **Multi-plexkinos** mit über 2000 Sitzplätzen(!) an der Heuwaage bachab. Verhindert wurde dieses fragwürdige Projekt durch ein Referendum von ökologischen Kreisen und den Schweizer Demokraten!

Sein oder Nichtsein!

Wir kämpfen für unsere Ideale mittels der SD-Partei. Wir lassen uns nicht kaufen (wie andere Politiker!). Trotz bescheidenen finanziellen Mitteln (ganz ohne Geld geht es halt auch hier nicht), stellen wir uns dem harten Wahlkampf. Die vielen Falschspieler in der Politik müssen entlarvt werden!

Helfen Sie mit, dass uns erneut der Wiedereinzug mit einer starken Fraktion (6 – 7 Grossräte!) ins kan-

Fortsetzung von Seite 9

tonale Parlament gelingt. Keine andere Partei – keine!! – erledigt unsere Arbeit im Kantonsparlament. Und da werden halt immer wieder wichtige Dinge beschlossen, die den Alltag aller in Basel-Stadt massgebend beeinflussen. **51 Kandidierende** haben sich bereit erklärt, in den drei städtischen Wahlkreisen für unsere Sache anzutreten. Hut ab vor diesen Patrioten!

Gehen Sie wählen und motivieren Sie Bekannte und Kollegen, eben-

falls die **Liste 9 Schweizer Demokraten/Volksaktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat** unverändert in die Urne, resp. ins Wahlkuvert zu legen. Bei den Regierungswahlen geben wir die Stimme nur unserem Kandidaten **Thien Egi**. Bitte hierfür die **vorgedruckte Liste SD/VA (Regierungsrat)** verwenden. Der Name unseres Kandidaten darf nur einmal auf der Liste stehen (die übrigen 6 Zeilen bleiben leer!). Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Markus Borner, Präsident SD-BS

In Ringgenberg-Goldswil

vermieten wir als komfortable

Alters-Residenz

gut eingerichtetes, möbliertes

2-Zimmer-Studio

grosse, sonnige Terrasse und Autoabstellplatz.

Miete inkl. NK Fr. 1200.– Mt.

Telefon 033 828 15 20



Schweizer Demokraten

Grossratswahlen:

Liste 9, SD/VA:
unverändert einlegen!

In die Regierung:

Thien Egi wählen!

Der Regierungsratskandidat der Schweizer Demokraten Thien Egi fordert die «Bisherigen» heraus!

Thien Egi, der 30-jährige Elektroingenieur FH, kandidiert nicht nur im Kleinbasel für den Grossen Rat, sondern auch für den Regierungsrat. Er und seine Partei, die Schweizer Demokraten, sind mit der Politik der bisherigen Amtsinhaber nicht zufrieden. **Zunehmende Kriminalität und Gewalttätigkeiten, Überfremdung ganzer Quartiere, Verlust der nationalen Identität wie auch die allgemeine Orientierungslosigkeit** vieler Menschen – prägen unseren Kanton. Thien Egi möchte hier etwas verändern – im positiven Sinne. Am wirkungsvollsten könnte er dies in der Exekutive tun.

Den Wählenden kann mit Thien Egi eine Alternative geboten werden, da er weder dem bürgerlichen, noch dem linken Lager angehört: Schweizer Demokraten, so auch Thien Egi, entscheiden laut ihrem national ausgerichteten Parteiprogramm und ebenso gemäss gesundem Menschenverstand!



«Als Patriot sind mir die Basler Anliegen wichtiger als weltfremde!» Unter dieser politischen Leitlinie wird der SD-RR-Kandidat seinen Wahlkampf führen.

Schweizer Demokraten BS

Wahlkreis Kleinbasel (34 Mandate)

Egi Thien, 1974
auch **Regierungsratskandidat**
Elektroingenieur FH
Kassier SD-BS
Mitgl. Karateclub
Shotokan

Cattin Patrik, 1975
bisher
Hörgeräteakustiker
Mitgl. FC-Grossrat
FCB-Fan-Club Dominos
NQVH, SMUV, WWF, VSF

Eggler Martin, 1964
Wagenführer BVB/
Internetspezialist
Vizepräsident PSVB
Mitgl. Wagenclique
Klybegg-Chnulleri, AUNS
www.eggler.info

Lustenberger Elisabeth, 1935
pens. Geschäftsinhaberin
Vorstand SD-BS/Protokoll
Mitgl. NQBL, AUF

Häusermann Theo, pens. Gymnasiallehrer/Publizist; **Lacher Marcel**, Spengler-Installateur; **Moser Ernst**, parteilos, Verwaltungsangestellter PMD; **Cattin-Muff Carmela**, Mutter und Hausfrau; **Schibler Ronny**, Automonteur; **Grünig Markus**, Zolldeklarant; **Knaus Andreas**, Zolldeklarant; **Egi Alina**, lic. rer. pol.; **Helfer Christian**, parteilos, Pflegemitarbeiter; **Widmer Béatrice**, Hausfrau; **Born Marco**, Audio-Video-Elektroniker/Zeitmilitär; **Brechbühler Klaus**, pens. Mechaniker; **Kipfer Martha**, pens. Filialleiterin.

Küng Madlen, 1936
pens. kaufm. Angestellte
2. Vizepräs. SD-BS
Mitgl. Unternehmervereinigung
gegen den EWR/EU-Beitritt

Bärlocher Xaver, Controller; **Schorro Verena**, pens. Verwaltungsassistentin; **Büchler Marcel**, Betriebswart; **Brunner Mario**, kaufm. Luftverkehrsangestellter; **Grimître Raymond**, Elektrozeichner; **Kollitsch John**, Wachmann; **Krebs Walter**, pens. Angestellter.

Wahlkreis Grossbasel-West (46 Mandate)

Borner Markus, 1955
bisher
Hörgeräteakustiker/
Geschäftsleiter
Verfassungsrat
Präsident SD-BS
Mitglied AUNS, ATB
«Identität Schweiz»

Weber Eric, 1963, VA
alt Grossrat
Journalist
Präs. Volks-Aktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten/VA
Präs. der Org. «Die Schweiz den Schweizern»

Deck Verena, 1973
Mutter und Hausfrau
Mitgl. Guuggenmusig,
Mieterverband

Ginter Béatrice, 1946
parteilos
Patent- und Marken-
Administratorin Novartis
Karateka, Int. an Literatur/Kultur

Wahlkreis Grossbasel-Ost (35 Kandidaten)

Santini Fernando, 1980
Informatikstudent FH
Vorstand SD-BS
Mitgl. Pro Tell
www.fernando-santini.com

Stoercklé Markus-Beat, 1962
Schriftsteller/freischaffend
Mitgl. AUNS, umverkehr
IG Velo, Pro Bahn, VCS

Stöckli Raymond, 1929
a. Grossrat
pens. Disponent
Präs. Ski-Wanderclub
BVB + Reiselclub Basel

Wenger Albert, techn. Angestellter; **Hoffmann-Aggeler Yvonne**, pens. Verkäuferin; **Buser Roman**, parteilos, kaufm. Angestellter; **Zysset Emil**, pens. Physikassistent; **Wenger Silvana**, Verkäuferin; **Moser René**, pens. Chef-Bäcker; **Wolf Oskar**, pens. Kontrolleur; **Rahmen Hans**, pens. Abwart-Strafgericht; **Saner Roswitha**, Radiologieassistentin/techn. Kauffrau; **Wolpert-Signorelli Sonia**, Hausfrau; **Däppen Bruno**, pens. Gruppenleiter; **Hug Cornel**, pens. Chemie-Angestellter; **Naldi-Schmidlin Konstanza**, pens. Verkäuferin; **Schmid Peter**, pens. Chefmonteur; **Frei Fritz**, parteilos, pens. Strassenbauer; **Grunder Johann**, pens. Chemie-Angestellter; **Schafroth Paul**, pens. Computer-Techniker; **Ginter-Hägi Erica**, Hausfrau, **Cazzato Oronzo**, pens. Sandoz-Angestellter.



Berg b. Zermatt
 Vögel tun es Totenschrein
 Körperzeit franz. in
 2
 CH-Autor † 1956 afrik. Antikape
 Holzmass landw. Tätigkeit
 Ton-silbe strafen, rächen
 Vokal Paradiesgarten
 Mittlaut Inselgruppen v. Indon.
 schott. Fluss

Y E I
 M E I E N
 R E C H T
 S H E U
 E T E P I
 M A N D A T
 E T A I
 A P A N R R O A G F
 S C H O K O L A D E N N E U N A U G E
 C H I G I E R I S Z E I T U N G E N
 T E O S O G B I N G O D E U T
 U R S N E U B A U E R M Z
 A N U K L E I N G D F L E G E L U
 G E L A T G V B U B E A G A G
 E T R E
 L A T E I N
 A L R E F
 B L N L
 R I E N Z I
 N I O N
 H G F T A G

Lösung: B O E N I G E N

CH-Ex-portgüter (Mz.)
 CH-Kurort franz. M.-Name
 Strom-sammer Aufsehen, Skandal
 Ort im Kt. Freiburg bevor SD, Abk.
 Vokal Blasinstrument
 Sohn r. Juda A.T. Sommerfreude
 Quellfluss d. Oulge Maschine schreiben
 russ. Autor Mass-angabe
 Larvenform d. Seeigel
 Stadt in Mähren
 Schallplatte Abk. Mass-einheit
 3
 Röhren-nudein Hauptst. r. Schloosen
 8
 2/7 von Transit asiatis. Vogel
 6
 Hauptst. r. Kl. VS Hund-rasse
 Schaumwein (F) engl: Gummi
 1
 Überschrift Autorin v. Heidi
 Rechtsprechung pers. Fürwort
 Mittlaut dt. Archäologe
 Musikzeichen Doppel-vokal
 pers. Fürwort Zins-scheine
 Tageszeit arab. Laute
 türk. Titel
 Insel b. Homer Wasser-regel
 4
 1/2 von Nuance 40. Buch-Stabs
 44. Buch-stabe
 Mittlaut runder Vokal
 Leichtmetall, Kurzw.
 Zahlwort Vokal
 5
 Erlöser, (Christentum)

CH Gold-springer Vokal
 kurze männl. Anrede
 engl: auf Nacht-vösel
 Lehr-satz eingedickter Obstsaft
 span: heilig
 7
 Scheide-zußbuss CH Kant-on, Abk.
 Verhältniswort Cinc-zußbuss
 ehem. japan. Soldner

Gewinner des letzten Rätsels:

Ernst Weiss, Wetzikon;
 Elmar Schneider, Goldach SG;
 Margrit Leuthold, Bern;
 Herzliche Gratulation!

Lösungswort und Absender auf Postkarte schreiben und einsenden an:

Schweizer Demokraten SD, Kreuzworträtsel, Postfach 140, 3655 Sigriswil

Einsendeschluss ist der

Samstag, 2. Okt. 2004 (A-Post) – Viel Glück!

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Zu gewinnen im Monat September:

3 x 1 Buch von Jürg Willi
 «Das wahre Leben der Helvetia»
 gesponsert vom Aare-Rhein-Verlag,
 3654 Gunten

Lösung: 1 2 3 4 5 6 7 8

Liebe SD- und Rätselfreunde

Für mich ist es jeweils ein gutes Gefühl, wenigstens einmal im Monat meinen Gedanken freien Lauf zu lassen. Und dies erst noch für eine Zeitung! Diesmal ist es aber eigenartig, eigentlich sind es eher nur Fragmente, die um meine Aufmerksamkeit ringen. Bilder, die unverarbeitet direkt vom Fernseher oder aus anderen Medien ins Gehirn gelangen und sich mit meinen Gefühlen vermischen. Leider meist Bilder von Krieg, Tränen und Gefangenschaft. Neben dem

schon fast alltäglichen sind aber noch andere Eindrücke vorhanden: Bilder von Olympia-Siegern, Bilder von starken, glücklichen Menschen und zufriedenen Zuschauern. Bei dieser Betrachtung wird mir bewusst, dass ich selber wählen kann, wohin ich schaue, welche Bilder für mich wert haben. Zufriedenheit, Sonne, Wärme und Geborgenheit sind für mich erstrebenswerte Ziele. Ebenso die Gewissheit, eingebettet in eine

Heimat zu sein, und von einem gesunden Staat getragen zu werden. Damit unser Staat aber funktioniert, braucht es viele Einzelne, die gewillt sind, richtig hinzuschauen. In unserer Partei haben wir Gelegenheit dazu.

Gelegenheit

Ausserdem gibt es auch wieder eine Gelegenheit, ein neues Rätsel zu knacken. Als Gewinn warten schon drei Bücher auf ihren neuen Besitzer. Ich freue mich schon auf viele Reaktionen!

Möglichkeit

Zudem steht nach wie vor die Möglichkeit offen, selber als Sponsor eines SD-Rätsels aufzutreten. Ein Anruf unter 033 251 05 34 genügt, oder eine schriftliche Mitteilung unter: Schweizer Demokraten, Postfach 140, 3655 Sigriswil. Das Ganze unter dem Motto: «Dort sein, wo auch hingeschaut wird.» Dies also von meiner Seite, ich wünsche allen einen schönen Monat und bis zum nächsten Mal!

Barbara Zbinden, Sigriswil

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Jahreseinkommen von Fr. 87'834.60 für Asylbewerber

In Vevey lebt ein Asylant, der pro Jahr 87'834.60 Franken vom Sozialdienst des Kantons Waadt bekommt. Dieser Betrag setzt sich nach folgenden Sozialhilfe-Ansätzen zusammen: «Basisleistung» von 3255 Franken, für Wohnung 2170 Franken, Krankenkassenbeiträge Fr. 1082.60, dies ist ein Einkommen von Fr. 7319.55 pro Monat. Zwar ist es eine grössere Familie (fünf Kinder), aber welcher Schweizer, der auch eine grosse Familie hat, ein gewöhnlicher Arbeiter ist, hat ein solches Einkommen?

Ich hatte während meiner ganzen Zeit als Lastwagenchauffeur nie ein solches Einkommen, und wir waren auch eine grosse Familie.

Bei Asyldebatten im Fernsehen gibt es immer wieder bestimmte Kreise, die behaupten, dass die Asylanten mittellos auf die Strasse gestellt würden. Dass dies nicht so ist, sieht man bei dem beschriebenen Fall. Als ich den Artikel gelesen hatte, war ich nicht nur sauer, sondern «stärnhagelverrückt» – und ich bin es immer noch. Ich hoffe nur, dass einmal ein sogenannter Asylant die Wohnung oder das Haus einer Person, die immer so heult, dass es doch alles so arme Menschen seien, ausräumt oder wie es mir passiert war, als mich drei Asylanten aus einer Telefonkabine zerrten mit den Worten: «Jetzt wir telefonieren, du nachher.»

Werner Bianchi, Zofingen

Samuel Schmid, das Militär und die teuren Waffensysteme

Vielleicht hat er die Lage unserer Zeit erkannt und fährt auf der richtigen Spur? Wenn im jetzigen Jahrhundert Krieg geführt wird, prasselt die ganze Zerstörungsmaschinerie mittels massenweise ferngesteuerter Raketen direkt vom Himmel auf unsere Köpfe. Da könnte uns wohl auch die beste und teuerste Verteidigungsstrategie nicht mehr helfen.

Jedoch grosse Kriege mit ABC-Waffen haben auch für Grosskapital, d.h. für die wichtigsten Drahtzieher der Weltpolitik bzw. Weltherrschaft, einige ärgerliche Begleiterscheinungen: es sterben zu viele Menschen. Ein Toter hat nämlich den Nachteil, dass er als Kreditnehmer und als Konsument ausfällt. Und da uns jetzt die immer unproduktivere Landwirt-

schaft zwingt, ständig noch mehr Produkte vom Ausland, von den Getreide-Multis zu beziehen (z.B. Kartoffeln aus Israel und Getreide aus den USA), geraten wir automatisch in den gefährlichen, immer grösseren Sog der Abhängigkeit vom Ausland. Ein Boykott der ausländischen Weizenlieferung würde – nicht auszudenken – innert kurzer Zeit zum völligen Zusammenbruch unseres Vaterlandes führen. Je länger die «Grosskapital-Drahtzieher hinter den Kulissen» Europa mit dem Feindbild der «allgegenwärtig scheusslichen Terroristen» bedrohen können, desto länger können sie uns mit immer neuen und teureren Waffensystemen zur Kasse bitten und natürlich dabei super profitieren!

Dasselbe gilt auch für deren christ-

liche Kredit- und Zinswirtschaft. Wie das Kreditwesen in den letzten 50 Jahren bewiesen hat, wird dieses System inzwischen nicht nur zur Durchführung von Revolutionen und Kriegen benutzt, sondern auch zur Versklavung ganzer Völker, die durch riesige Zinsbelastungen nach Strich und Faden ausgebeutet werden.

In Verbindung mit den erwähnten «christlichen Geschäften» der Getreidepolitik verhungern weltweit sage und schreibe jeden Tag ca. 40'000 Menschen!

Auch unser Kreditwesen muss neu überdacht werden. Wir Kreditnehmer sind völlig abhängig von den Banken. Was ist, wenn die Zinsen unserer Hypotheken urplötzlich wieder steigen und steigen, wenn wir krank oder arbeitslos werden und unsere Schuld nicht mehr begleichen können? Dann haben wir die Beschercung. Denn ein Aufwärtstrend unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren ist reine Illusion. Deshalb müssen wir jetzt umdenken, bevor unser Zug abgefahren ist!

Carlo Scherer, Sursee

Verheimlicht

Im Abstimmungsbüchlein zur Armee XXI (18. Mai 2003) wurde mit keinem Wort erwähnt, dass der Schweizer Steuerzahler die Anschaffung von Rüstungsgütern, Genie- und Minenräumungspanzern sowie Spezial-Transportflugzeugen und Helikoptern für Auslandseinsätze zu finanzieren hat.

Wäre damals korrekt informiert und nichts absichtlich verschwie-

gen worden, so hätte das Abstimmungsergebnis, auch im Hinblick auf die Erhaltung einer glaubwürdigen Neutralität, wesentlich anders ausgesehen.

Haben wir deshalb den Mut und zeigen wir Courage, unsere Politiker beim Lügen oder Verschweigen zu ertappen!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Wird das Volk systematisch falsch orientiert?

Auf Hörerfragen bei Radio DRS erklärte der damalige CVP-Bundesrat Koller, Stammtischgespräche fallen selbstverständlich nicht unter das Antirassismogesetz. Das Gleiche haben ranghohe Politiker dem Volk ebenfalls damals versprochen. Der gleiche Bundesrat Koller hat vor der Abstimmung über eine revidierte Bundesverfassung dem Volk gesagt, es handle sich bloss um eine «Nachführung», eigentlich um ein stilgerechteres Niederschreiben der zum Teil veralteten Sprache.

Dabei wurden aber bei dieser totalrevidierten Bundesverfassung die Weichen so gestellt, dass nun dem Volksstaat Schweiz immer mehr ein Richterstaat wird. Nicht mehr das Volk, der Souverän, ist die höchste Instanz, im Lande, sondern so genanntes «Internationales Recht» und «Völkerrecht», auf das unser Volk keinen Einfluss mehr hat! So sind denn auch die Urteile des Bundesgerichtes über die Kompetenz von Gemeindeversammlungen bei Einbürgerungen

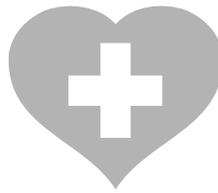
neu nun über Ausdehnung des ARG auf Stammtischgespräche zu verstehen.

Die Zürcher Kantonsregierung hatte damals das Antirassismogesetz abgelehnt mit der Begründung, ein solches Gesinnungsstrafrecht sein, eines freien Staates nicht würdig und nur in totalitären üblich. Das Gesetz wurde dann aber auf Grund einer riesigen Propaganda aus dem Bundeshaus selber knapp angenommen; wird die Schweiz zu einem totalitären Staat, wird aus einem einstigen Volksstaat ein Richterstaat? Leider sind die unwahren Versprechen des damaligen Bundesrates kein Einzelfall, in den letzten zehn Jahren ist das Volk mehrmals falsch orientiert worden!

Josef Huber, Obernau



Schweizer Demokraten



Politique mondiale mondialisée



Mary Meissner,
Vernier

Les dés sont pipés

Il y a quelques années, j'ai eu en mains le livre de Michael Drosnin intitulé «*La Bible: le code secret*». Ecrit en hébreu cabalistique un mathématicien israélien a découvert un code secret dans la Bible, qui décrivait en détail des événements qui se sont produits des milliers d'années après la rédaction de ce livre jusqu'à nos jours et au-delà. Grâce aux ordinateurs modernes, ce mathématicien, traumatisé par ce qu'il avait découvert, écrivit au Premier ministre israélien en septembre 1994: «J'ai vu votre nom barré avec les mots *l'assassin assassina*». Quatorze mois plus tard, Yitzhak Rabin était abattu d'une balle dans le dos.

Ce que j'y ai lu moi-même, c'est qu'après une quatrième terrible Guerre mondiale, Jérusalem serait détruite et l'Etat d'Israël disparaîtrait. C'est pourquoi, me basant sur les informations toujours exactes de Pierre de Villemarest qui ont fait tilt, je vous donne ci-après un aperçu des situations occultées par les médias, qui, pour la sphère francophone, sont en mains, donc contrôlés par Bouygues et Dassault fervents mondialistes appartenant à la franc maçonnerie française, elle-même affiliée secrètement au CFR, Fabian, Skull & Bones, Illuminati, Golden Dawn, Bilderberg, Trilatérale et j'en passe.

Commençons par l'aube du 7 juillet, plusieurs centaines d'hommes armés, équipés de blindés, venus des territoires de la Russie du Sud, de la Moldavie et du Caucase, faisaient irruption en Ossétie du sud dans la province de Géorgie dont le potentat issu du KGB veut qu'elle soit rattachée à la Russie. Trois jours plus tard, la télévision russe aux ordres de Poutine, montrait des dizaines de soldats géorgiens

fait prisonniers, mains croisées derrière la nuque à genoux sous la menace des armes des «volontaires» accourus au secours de leurs frères ossétiens. N'oublions pas que depuis le sommet de Rome en mai 2002, la Russie est devenue le partenaire des Etats-Unis pour le bonheur et la Paix dans le monde. Cette attaque inopinée a donc ridiculisé Washington et son allié à Tbilissi, le président Saakashvili, protégé du milliardaire Georges Soros membre des Bilderberg et de la Trilatérale. Le 19 juillet Colin Powell a demandé à la Russie de prendre davantage de gants, ce qui fit disparaître dans la nature ces soi-disant «volontaires» tandis que la Maison-Blanche déployait de son côté tous les moyens pour que les médias taisent l'incident qui puait le pétrole et les Français ont obéi au doigt et à l'œil.

Il s'agit là d'une des nombreuses poudrières qui sont prêtes à éclater partout au flanc de l'Europe, infiltrée par des centaines d'Israéliens, de Moscou aux confins de l'Afghanistan, en passant par l'Irak et les régions kurdes.

Par exemple, des agitateurs araboterroristes ont récemment découvert, que dans les régions kurdes d'Irak, des dizaines d'agents d'*Aman*, l'unité 8200 du service secret d'Israël et du Mossad, aidaient et encadraient les groupes d'action du KPD de Massoud Barzani revendiquant un Kurdistan autonome. La majorité des pétroliers anglo-américains sont hostiles à cette solution, ainsi que les Turcs qui seraient les premiers en ligne de mire pour des représailles justifiées de la part du PKK et autres terroristes musulmans qui n'attendent qu'une provocation pour mettre à feu et à sang, cet endroit du monde abritant dix millions de Kurdes. Le terrorisme international téléguider par Oussama Ben Laden nagerait dans des explosions antisémites où de la Géorgie aux républiques ex-soviétiques d'Asie Centrale, il y a des centaines de spécialistes israéliens. En voici la liste:

En Géorgie, c'est une société hispano-israélienne qui s'occupe

de la liquidation des stocks militaires soviétiques dont une vingtaine de bases abandonnées en 1991. Cette société a même reçu à sa demande, 6,5 millions de \$ afin de faciliter son travail, directement de Donald Rumsfeld. Toutes les arrestations et répressions à tout opposant à leur pouvoir sont automatiquement taxés de terroristes et la Maison Blanche se tait, les pétroliers font leur beurre et les conseillers Israéliens mènent leurs petites affaires.

En Ouzbekistan, le président Karimov est un des meilleurs experts de l'équipe Sharon. Les experts et techniciens de la firme israélienne Bateman Engineering (turbines à gaz) font la pluie et le beau temps dans le pays au côté de la Meteg spécialisée dans le molybdène et autres métaux ferreux utilisés dans l'armement et l'aviation.

Au Kazakhstan, le multi-millionnaire Lev Levalév succède à Shaul Eisenberg et Yossi Maiman pour gérer l'exploitation de l'or et de l'uranium pour le nucléaire. Le président de ce pays a donné des ordres à son délégué à l'ONU de ne pas voter contre Israël si sa politique est mise en cause.

En Khirgizie, le président Askar Azkaiev a pour conseiller l'affairiste d'Haïffa, Mikael Levitine superviseur des firmes Kadima, Magal Security System, etc.

Au Turkmenistan, une des principales poches de gaz du monde, le président S. Niazov a pour conseiller Misha Mirkine.

Cette nomenclature n'est pas exhaustive et à l'heure d'internet, il est impossible de cacher quoi que ce soit. Il est donc facile de penser que les prévisions de la Bible-code

secret sont prêtes à se réaliser, car si l'un ou l'autre de ces dictateurs venaient à disparaître, l'internationale musulmane s'empresserait de déclencher une vaste campagne anti-sémite dans toute l'Asie Centrale, campagne qui pourrait faire tache d'huile non seulement autour du Caucase et de la mer Caspienne, mais passerait par l'Afghanistan, le Pakistan et au-delà jusqu'en Palestine.

Quant à Poutine, il serait prêt à prêter main forte pour empêcher le pétrole, le gaz, les minerais d'être américanisés.

Le 28 juillet 2004, un signe avant-coureur a illustré ces prévisions. Le même jour, à la même heure des explosifs ont frappé dans la capitale de l'Ouzbekistan les locaux de l'ambassade d'Israël, ceux de l'ambassade des Etats-Unis et le bureau du procureur général de l'Etat. Zvi Cohen, ambassadeur d'Israël a relevé la parfaite synchronisation de ces attentats commis par un kamikaze. Dans les médias du monde, seul le New York Time daté du 31 juillet s'est intéressé à cette action qui a blessé et tué plus d'une douzaine de personnes. Moscou n'a rien dit. Washington a immédiatement mis en état d'alerte une de ses bases en Ouzbekistan, dont Sergueï Tvanov, le ministre russe de la Défense, réclamait il y a une semaine encore qu'elle soit évacuée par les Américains. D'ailleurs le Pentagone est en effervescence ces jours-ci en repositionnant ses troupes encore stationnées en Europe, vers d'autres destinations.

Bref nous dansons sur un volcan et les différentes sectes qui prédisent la fin ou une fin du monde, doivent se détecter d'avance.

Le pilori

Vous avez dit «bizarre?»

En Tchéquie une chaîne de supermarché a voulu faire porter à ses vendeuses un bandeau rouge sur le front pendant leurs règles. A la vue de celui-ci, les clients auraient été

plus tolérants et pour les chefs de service, ils auraient mieux compris de plus fréquents déplacements aux toilettes. Mise au courant, l'inspection du travail a fait interdire une telle folie.

Octopus
Tiré du magazine Femina

Politique – Questions d'influence étrangère

Nous l'avons dit et redit des centaines de fois. Notre lutte contre la surpopulation étrangère est basée sur plusieurs facteurs, entre autres celui de la destabilisation politique. Avant la destruction du mur de Berlin, notre lutte contre le communisme avait sa raison d'être violente, aujourd'hui cette lutte a changé de visage et elle devient plus feutrée, mais nous ne devons pas baisser la garde, car l'internationale socialiste, est toujours d'actualité. Il n'y a qu'à voir le Parlement de l'UE. roserouge, qui est devenu plus rouge que rose depuis l'entrée des 10 pays de l'Est eux-mêmes camouflés sous des oripeaux trompeurs, alors que la Russie, elle-même ayant effacé le mot

soviétique de son vocabulaire, continue à les phagocytter et à les sponsoriser.

Notre principal argument est toujours l'immigration qui est dangereuse pour notre mentalité helvétique parce qu'elle vient renforcer le parti socialiste au détriment, comme on peut le constater, du parti radical. Heureusement que l'UDC prend du poil sur la bête pour contrecarrer ces tendances socialo-communistes. Voici une preuve flagrante de ce que j'avance. Dans la commune de Vernier, la plus grande après Genève-ville où j'habite, on compte parmi les autorités communales: 3 E, 3 DC, 4 L, 4 UDC, 4 R, 10 S plus 5 AdG soit 15 gauchistes. Et les noms de ces per-

sonnes sont d'origine étrangère comme Monserrat Blanco, Delfino Boti-Kiese, Nicola Domico, Denis Chiaradonna, Nicola D'Amico, Garofalo Romaine, Edouardo Herrera, Alberto Perez-Yanez, Ruth Righenzi, Dalaglio Andrea c.à.d. une dizaine, soit un groupe majoritaire qui fait de notre commune, le drapeau rouge du canton, avec la plus grande proportion d'immigrés et 3 centres de réfugiés, plus un budget déficitaire bénéficiant de la péréquation financière. Notre joli village classé a dû subir l'agrandissement par des verrues disgracieuses d'HLM qui l'entourent d'une ceinture de béton empiétant sur les champs, forêts et rivières, plus les citernes de gazoil, l'aéroport, l'usine d'incinération des Cheneviers, l'ancienne usine à gaz, un dépôt de pneus, un cimetière de vieilles voitures, l'usine de Givaudan, et la station d'épuration d'Aire. Nous sommes gâtés en odeurs, bruit, et dangers divers.

De plus, la plus petite parcelle de terrain est bétonnée, on construit devant chez moi 54 villas mitoyennes avec de minuscules jardins, telles les dix qui viennent de se terminer derrière ma maison. Et si nous acceptons ces plans de zones c'est pour éviter un déclassement en zone de petits immeubles, sans verdure autour.

Après tout ça, n'avons-nous pas raison de nous plaindre et de redouter de plus graves dégradations dans notre manière de vivre?

Charlotte Morel

En parcourant la presse

Energie

Le trust allemand de l'énergie «E.On» et le géant russe du gaz naturel mi-étatique «Gasprom» ont signé à Moscou un contrat-cadre sur la construction d'un gazoduc de Russie à la côte baltique allemande. *Une Concrétisation de l'axe Berlin-Moscou qui va sûrement déplaire à Bush et Cie.*

La turkisation de l'Allemagne

Un journal allemand de juin 2004 cite une déclaration du député socialiste au Parlement européen, Vural Öger, Allemand d'origine turque, qui a affirmé dans le journal «Hürriyet» d'Istanbul: «Ce que le sultan Suleyman a commencé en 1529 par le siège de Vienne, nous le réaliserons par les habitants d'origine turque avec nos hommes robustes et nos femmes saines (*et prolifiques Ndlr*), afin que ceux-ci remplacent (*avantageusement*) le peuple allemand». *Vive l'immigration officielle et officielle.*

Dans Rivarol du 25 juin

Avec l'élargissement de l'Europe le 1er mai 2004, ce sont plus de 2 millions de Tziganes qui ont obtenu leur passe-droit pour débarquer dans les 15 pays de l'Union, première vague annonçant les 2 autres millions qui entreront en 2007,

avec l'adhésion de la Roumanie (où se retrouvent déjà tous les Roms de la Moldavie ex-soviétique et de l'Ukraine) ainsi que de la Bulgarie, où transiteront les tziganes turcophones et musulmans. *La Suisse naturellement sera aussi visée.*

Discrimination en Israël

Le gouvernement d'Ariel Sharon s'est rendu compte que la population juive avait tendance à dimi-

nuer et vieillissait. Alors il a autorisé l'adoption d'enfants blancs, les nègres et autres colorés étant strictement interdit de séjour. Dix associations ont créé des réseaux à l'étranger pour répondre aux demandes d'adoption toujours plus nombreuses. Les blonds sont préférés. L'adoption des petits tiersmondistes c'est bon pour l'Europe occidentale. Pour sa survie, Israël a besoin d'enfants de bonne race. *On croirait entendre les nazis.*

Superbes prisons canadiennes

Comme partout en Europe, les prisons au Canada sont archi-pleines. Mais contrairement à nos gouvernements qui essaient de palier à cette carence, les Canadiens se conduisent vis-à-vis de leurs prisonniers pire que les Américains en Iraq. Ainsi j'ai appris que certains prisonniers politiques surtout restaient enfermés sans sommeil, avec lumière 24 h, sur 24 sans serviette et sans douche, pas d'oreillers, pas de dentifrice, pas de brosse à dents, de savon, d'air frais, de peigne ou de chaussures. Les

prisonniers doivent demander pour en avoir, ainsi qu'en ce qui concerne le papier toilette. La literie appelée «couverture suicide» n'est changée qu'une fois par an, une torture! Naturellement pas de TV, pas de radio, pas de bibliothèque, pas de gymnastique. Ce n'est pas Abou Greib, mais c'est pire. Est-il imaginable qu'un peuple civilisé agisse de telle manière? Le prisonnier en question s'appelle Ernst Zündel et son crime est d'avoir soutenu les thèses négationniste de Faurisson. *Octopus*

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le pilori

Animaux martyrs

Nous lisons dans la presse à deux reprises qu'en Thurgovie, des voyous s'en sont pris à de pauvres vaches. Le premier épisode concernait trois individus qui ont tranché les pis d'une vache broutant tranquillement dans un pré. Le paysan dû l'abattre. Mais combien de temps a-t-elle souffert en perdant son sang? Le deuxième cas s'est reproduit aussi en Thurgovie où probablement les mêmes barbares ont coupé un trayon d'une vache portante. On dirait que ce sont des étrangers qui s'en prennent au symbole suisse qui est souvent une vache dans l'esprit des nations qui nous entourent. Si je parle d'étrangers, surtout des Espagnols, c'est parce que dans ce pays (comme au Portugal), les corridas sont un sport national, que les courses aux taureaux et aux ânes sont courantes dans n'importe quel petit village où même les enfants apprennent à lancer des fléchettes dans les yeux de ces malheureuses bêtes tout en les battant à mort, vaches comprises. Ils coupent la tête des poulets, les pendent aux arbres pour jouer au pushing ball et noient ces bêtes à moitié mortes lorsque les villageois habitent la côte.

On comprend aussi pourquoi en Suisse nous avons trouvé des cygnes avec le cou tranché, et un de leur nid où il y avait des œufs, écrasé par une chaise en fer forgé. Ici nous protégeons les animaux et leur octroyons des conditions de vie décentes, nous changeons les lois pour protéger les animaux de rente contre des actes ou des trans-

ports inhumains et de tels actes barbares n'existaient pas avant l'arrivée massive de ces requérants qui usent et abusent de notre hospitalité. Lors de mes voyages autour du monde, j'ai vu de pauvres chiens et chats difformes se nourrir dans les poubelles libanaises à ciel ouvert au coin des rues, j'ai vu au Maghreb de pauvres petits ânes écrasés de chaleur portant de lourdes charges et glissant sur des pavés inégaux, j'ai vu des chameaux secouant leur tête pour chasser des mouches qui piquaient leurs beaux yeux aux longs cils, en Jordanie, de petit chats mourant de faim étaient shootés par les grosses savates de bédouins buvant leur thé de menthe sucré à l'aéroport, pendant que leur monture se mourait de chaleur sous un soleil de plomb. Au Niger et en Tanzanie, des braconniers tuaient des éléphants et des rhinocéros. Maintenant que des Sud-Américains sans papiers se pointent chez nous (comment font-ils pour venir sans coup férir jusqu'ici?) je dois aussi parler des arènes mexicaines où les toreros n'ont rien à envier aux Espagnols. Il y a d'autres méfaits perpétrés sur les baleines, les blanchons, les dauphins, et autres mammifères marins, mais les Chinois, Japonais, Norvégiens ou Canadiens ne viennent pas encore demander l'asile chez nous, et nous n'avons pas de mer.

C'est désespérément triste de devoir supporter, en plus d'autres déprédations, ces comportements dégradants et qui font mal à nos âmes d'Helvètes remplies de compassion.

Octopus

L'Armée perd la tête

Ce qui n'était au début qu'un feuilleton d'été est en passe de devenir un raz-de-marée. La faute, à vrai dire, remonte assez loin: on a laissé la bride sur le cou à des spécialistes – alors qu'il eût fallu des généralistes – pour concocter ce qu'Adolf Ogi a appelé L'Armée XXI. A l'époque, la plupart des commandants des grandes unités étaient d'avis que l'organisation Armée 95, moyennant quelques adaptations, était celle qui convenait le mieux à notre pays. Peine perdue les adorateurs du nouveau chapeau de Gessler ont gagné la partie en votation populaire, réunissant les antimili-

taristes tout heureux de voir qu'on faisait le travail à leur place, plus ceux qui veulent bien une armée, mais en faire le moins possible, plus les braves gens qui ont cru les paroles lénifiantes de Samuel Schmid.

La psychologie n'ayant jamais été le point fort de l'armée, ceux qui la dirigent, politiquement et militairement ont cru naïvement qu'ils allaient motiver les officiers, la troupe, les recrues et la population et déclarant qu'ils étaient incapables de remplir leur mission première assurer la défense du pays. Ils y ont ajouté une faute impar-

donnable: l'abandon des unités cantonales, qui remontaient en fait à la fondation de la Confédération. Finalement, ils ont voulu nous faire ingurgiter une médecine importée, oubliant deux choses: l'une, de se rappeler que dans notre pays réunissant des populations de cultures et de langues différentes, l'armée est l'élément essentiel de la cohésion nationale, et l'autre que la Suisse est le seul pays au monde, dans lequel le peuple peut décider du maintien ou de la suppression de l'armée.

De 1939 à 1945, nous étions menacés par la plus puissante armée au monde et ni le gouvernement, ni le général, ni l'armée ni la population n'ont flanché, alors que tous nos voisins avaient capitulé. Aujourd'hui, au milieu d'une Europe désarmée, infiltrée militairement par les Américains, il suffit que quelqu'un éternue à l'autre bout de la planète pour que l'on courre chez nous chercher les drapeaux blancs! L'image que nos responsables donnent de leur pays et de sa volonté d'exister est simplement désastreuse!

Conclusion

1. Conscient de la gravité de la situation, à laquelle il a largement contribué, Samuel Schmid doit se retirer.
2. Le Parlement doit mettre à disposition tous les officiers généraux qui ont soutenu Armée XXI.
3. Il y a lieu de mettre en œuvre, cette année encore, une organisation militaire strictement de milice – qui existe – correspondant à notre mentalité, à nos besoins et à notre défense, en rétablissant prioritairement les états-majors des quatre Corps d'armée et les unités cantonales.
4. L'aviation n'étant qu'une arme de prestige dont le coût annuel total avoisine le quart du budget militaire (sans parler des programmes d'armement) pour un ratio d'efficacité problématique, sa suppression permettra de garder le budget militaire dans les limites actuelles, tout en renforçant l'armée.

Jean-Pierre Margot, Neuchâtel

Premier août 2004 – un goût d'amertume

Quelle belle salade interlope avon-nous dû subir une fois encore cette année. Sous les décors et tee-shirts frappés de la croix blanche sur fond de gueule, il n'y avait aucune ferveur patriotique véritable, puisque les musiques étaient toutes issues de folklore étranger. Et l'on parle à longueur d'année d'intégration! Les critiques dans les médias s'en sont donné à cœur joie pour dénigrer les discours, les inaugurations et les chants teintés de patriotisme. Ce mot honni ces dernières années a resurgi timidement, les feux sont restés les mêmes, mais il manquait les danses et costumes cantonaux baignés dans l'enthousiasme sincère d'un pays qui tente vaillamment de garder sa spécificité face à trop de compromis exigés par les grandes puissances qui nous entourent. D'un côté, la presse et autres médias n'ont pas eu de mots assez forts pour semer l'opprobre sur nos élus et leurs performances politiques, alors que d'autre part, les éloges et commentaires admiratifs n'ont pas manqué pour décrire les danses vietnamiennes et leur dragon coloré, ou détailler des nombreuses écoles de salsa et de hip-hop invitant les Suisses à venir s'imprégner d'exotisme.

Alors qu'une fête nationale devrait emporter les citoyens dans un même élan de cohésion nationale excluant pour un jour les influences étrangères supportées à longueur d'année, alors que la presse pour une fois pourrait redonner à nos cœurs l'amour d'une patrie en perdition et insuffler à nos âmes la force de rester ce que nous sommes, elle s'ingénie à saper ce qui nous reste d'illusion à travers des critiques inadéquates ce jour de premier août. On peut être à juste titre jaloux des Français portant aux nues leur coq gaulois et acclamant leur défilé du 14 juillet, on peut admirer les parades militaires aux Etats-Unis sous une pluie de confettis ou les commémorations polonaises empreintes de dignité et de recueillement aussi ce premier août, car face aux lake parades ressemblant aux gay pride déhanchées dans nos rues suisses, nous ne sommes que des marionnettes sans consistance. Pauvre fête nationale ravalée au rang d'opéra-bouffe!

María de Seimners



Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!

Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Parolen der Schweizer Demokraten (SD)

Nein, denn Eingebürgerte werden wieder durch Neueinwanderer ersetzt!

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Delegiertenversammlung in Bern folgende Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 26. September 2004 gefasst: Einhellig mit 75 zu 0 Stimmen werden beide Einbürgerungsvorlagen abgelehnt, denn es muss befürchtet werden:

- dass jeder Eingebürgerte wieder durch Neueinwanderer ersetzt wird, womit immer mehr Leute ins Land drängen und die Überfremdung und Übervölkerung unseres dicht besiedelten Landes weiter zunimmt...
- dass diese Leute dann allermeist den Doppelpass haben (Figgi und Mühli) und diesen nach Belieben einsetzen werden (siehe negative Beispiele von jungen Spitzensportlern!)...
- dass junge Ausländer mit nur fünf Jahren Schulbildung und zwei Jahren Wohnsitz in der Einbürgerungsgemeinde als Minimalerfordernis zu wenig ausgebildet und integriert sind...

Einmal mehr werden der Stimmbewölkerung zwei Abstimmungsvorlagen vorgelegt und der Öffentlichkeit wird vorenthalten, wie die gesetzliche Ausgestaltung der beiden Verfassungsvorlagen aussieht. Dies ist eine Mogelpackung, für die sich die Regierenden schämen sollten. Die SD verlangen vom

Bundesrat, dass er das Volk in Kenntnis sämtlicher gesetzgeberischer Details abstimmen lässt!

Ja zur Postinitiative

Fast einhellig unterstützen die SD die Vorlage zur Erhaltung der Post! Die SD wenden sich vehement gegen jedwede Privatisierungsvorhaben der Post, welche dann vom Volk «ausgebadet» werden müssten. Post, Bahn und Energie sind Grundlagen unseres Staatswesens. Sie dürfen nicht der Spekulation geopfert werden!

Nein zur Mutterschaftsversicherung

Mit deutlicher Mehrheit wenden sich die SD gegen die erneute Zwängerei zur Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung, die auf die Länge hinaus kaum bezahlbar sein wird. In einer Zeit, wo kaum Geld für AHV und IV vorhanden sind, darf nicht noch der Grundstein zu einer neuen Sozialversicherung gelegt werden. Eine SD-Minderheit vertritt den Standpunkt, dass unser Volk mit einem Ja vor einem längerfristigen Aussterben bewahrt werden soll.

*Schweizer Demokraten (SD),
Nationalrat Bernhard Hess,
SD-Zentralsekretär*

SD-Flugblatt:

Erleichterte Einbürgerung – Nein

Die Bezirksgruppe Baden hat ein Flugblatt gegen die beiden Vorlagen vom 24. September betreffend erleichterte Einbürgerung entworfen. Die Vorderseite ist mehrfarbig, die Rückseite einfarbig (schwarz) gedruckt. Format A4, einmal gefaltet. Kosten pro Flugblatt 15 Rappen; Mindestbestellmenge sind 100 Flugblätter. Dazu kommen die Portokosten. Bestellungen sind zu richten an: SD Baden, Postfach 1213, 5401 Baden. Das Flugblatt kann unter www.schweizer-demokraten.ch begutachtet werden.

Anzeige

Ringgenberg am Brienersee

Möchten Sie in eine private
Alters-Pension gehen?
Wir bieten schöne, möblierte
Einzelzimmer, mit Dusche/WC
Fernseher und Telefon,
mit Hotel-Service.

Weitere Auskünfte unter
Telefon 033 828 15 20

SD auf Internet

www.schweizer-demokraten.ch

Rassismusetz: SD empört über das neueste antischweizerische Urteil des Bundesgerichts

Die Schweizer Demokraten sind der Meinung, dass unser Bundesgericht immer mehr zum Staat im Staate wird. Es hat schon des öfteren mehr als fragwürdige Urteile, meistens zu Lasten des Schweizervolkes, gefällt. Den vorläufigen Tiefpunkt hat sich unser Bundesgericht geleistet, indem es willkürlich das Maulkorbgesetz, welches den Zweck hat, das Schweizervolk zu diskriminieren, verschärft hat. Die Schweizer Demokraten protestieren energisch gegen diese neue Verschärfung des Maulkorbgesetzes zu Lasten von uns Schweizerinnen und Schweizer. Solche Ur-

teile haben mit unserer Demokratie nichts mehr zu tun und wären einem der berüchtigten Volksgerichte unseligen Angedenkens würdig. Die Änderung eines Gesetzes bleibt in der Schweiz immer noch dem Parlament und via Referendum dem Schweizervolk vorbehalten, obschon unsere Demokratie in den letzten Jahrzehnten von Bundesrat und Parlament immer mehr ausgehöhlt worden ist.

*SD-Medienmitteilung vom
16. August 2004,
Grossrat D. J. Najman,
Pressechef SD Schweiz*

"Das freie Wort"



25.9.94 : Rass.-Abstimmung - der grosse Volksbetrug.